



BESCHLUSSBUCH
AFA-LANDESKONFERENZ
22.04.2017
NÜRNBERG

Inhalt

1	Die Chance 2017 nutzen – Zeit für mehr Gerechtigkeit und ein	
2	neues BayernSPD-Profil!	2
3	A 0 Gerechtigkeitsmanifest.....	17
4	Profil schärfen - sozialdemokratischen Aufbruch gestalten.....	17
5	A 1 Wachstum stärken – Ungleichgewichte abbauen –	
6	Wirtschaftspolitik europaweit koordinieren	26
7	A 2 Für mehr Personal in unseren Krankenhäusern.....	42
8	A 3 Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung für	
9	Referentinnen und Referenten in Bildungsmaßnahmen.....	43
10	A 5 Zahnersatz und Brillen – Regelversorgung für alle kostenlos	
11	44
12	A 8 Arbeitszeitdebatte führen - auf die 30-Stunden-Woche	
13	hinarbeiten!	45
14	A 9 Arbeitsmarktpolitik	45
15	A 10 Freihandelsabkommen	46
16	A 11 Keine Privatisierung öffentlicher Investitionen und	
17	Einrichtungen!	47
18	In der gesetzlichen Rentenversicherung sind die	
19	versicherungsfremden Leistungen ausnahmslos aus	
20	Steuermitteln zu finanzieren.....	48

Adressat: SPD-Landesparteitag, Landesvorstand

1

2 Die Chance 2017 nutzen – Zeit für mehr Gerechtigkeit und ein neues BayernSPD-Profil!

3

4 Die Grundwerte der SPD „Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität“ sind auch im 21.

5 Jahrhundert so aktuell wie eh und je. Denn: die Ungerechtigkeiten und die

6 Ungleichheiten nehmen wieder zu – in Deutschland, in Europa und weltweit.

7 Krisen und Kriege, Verfolgung und Migration, Hunger und Elend sowie Abbau von

8 Demokratie und Freiheit sind die Folgen. Der Unterschied zwischen Arm und Reich

9 wird größer anstatt kleiner. Mühsam erkämpfte Rechte, beispielsweise von Frauen und

10 ArbeitnehmerInnen und die Achtung von Minderheiten, sind in Gefahr. Immer mehr

11 Menschen sind verunsichert und resignieren. Sie glauben, dass Politik und Demokratie

12 ihre Erwartungen nicht mehr erfüllen können.

13 Das gibt Autokraten, Nationalisten, Rassisten und religiösen Fanatikern Raum, um

14 gesellschaftliche Spaltungen, Entsolidarisierung und Ängste für ihre Zwecke zu

15 instrumentalisieren. Zusammen mit Geschichtsvergessenheit ist dies Sprengstoff für

16 unsere Demokratie. Wir erleben gerade in der Türkei, in den USA aber auch in Polen

17 und Ungarn, dass dumpfer Populismus zum Verlust von grundlegenden Rechten, zu

18 einer weiteren Spaltung der Gesellschaft und am Ende zu mehr Unfreiheit,

19 Ungleichheit und Gewalteskalation führt.

20 Deshalb wollen wir die Ursachen für Ungerechtigkeit und Ungleichheit wirksam

21 bekämpfen.

22 In der zu Ende gehenden Legislaturperiode hat die SPD in der

23 Regierungsverantwortung wichtige Erfolge erzielt: die Stärkung der Kommunen, die

24 Einführung des Mindestlohns, die BAföG-Reform, Verbesserungen bei Rente und

25 Pflege, bessere Rahmenbedingungen für die Gleichstellung von Frauen und Männern,

26 um nur einiges zu nennen. Zentrale Forderungen sind aber in der derzeitigen

27 Regierungskonstellation nicht realisierbar. Deshalb hat die SPD mit Martin

28 Schulz die Weichen neu gestellt und auf Bundesebene die Trendwende eingeleitet. Ein

29 Regierungswechsel unter Führung der SPD nach dem 24. September ist eine

30 realistische Perspektive.

31 Die BayernSPD muss diesen positiven Trend nach Kräften unterstützen, stabilisieren

32 und ausbauen. Glaubwürdigkeit und Inhalte spielen dabei die zentrale Rolle. Der

33 Stimmungswechsel durch Martin Schulz entspringt neben seinem engagierten Einsatz

34 für Europa, gegen Rechtspopulismus und für soziale Gerechtigkeit ganz wesentlich der

1 Tatsache, dass er in den Augen der Öffentlichkeit nicht in die Große Koalition und viele
2 belastende Strukturen und Entscheidungen der bisherigen SPD-Spitze eingebunden
3 war. Gleichzeitig hat er mit seinen Aussagen und dem Beschluss zur
4 Arbeitsmarktpolitik eine Abkehr von vergangenen Fehlern eingeleitet und
5 Zukunftsperspektiven aufgezeigt.

6

7 Auch die BayernSPD hat jetzt die Gelegenheit sich inhaltlich und personell neu zu
8 positionieren. Es geht jetzt auch um unsere Mitgestaltung des Regierungsprogramms
9 auf Bundesebene. Der BayernSPD mangelt es weniger an vorwärtsweisenden
10 Beschlüssen dazu, als an deren nachhaltiger Vertretung nach innen und außen. Auch
11 müssen wir diese Positionen mit der landespolitischen Handlungsebene verknüpfen.
12 Daraus wollen wir ein unverwechselbares politisches Profil mit einem
13 landespolitischen Führungsanspruch entwickeln.

14

15 Dabei gehen wir von folgenden Feststellungen und Perspektiven aus:

16

17 Bayern kann es besser – und wir auch; Eckpunkte für ein SPD-Bayernprofil

18 Die BayernSPD braucht ein Programm, das unsere Zustandsbeschreibung, Ziele und
19 Werte aus eigener Kraft und aus der Sicht der Wählerinnen und Wähler zugrunde
20 legt. Bayerns derzeitige wirtschaftliche Stärke muss genutzt werden, um

- 21 • die Zukunft zu sichern (Investitionen, Stärkung der Kommunen)
- 22 • sozialen Ausgleich zu schaffen und Armut zu bekämpfen (Gerechtigkeit)
- 23 • die regionalen Ungleichgewichte nachhaltig anzugehen
- 24 • die natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen und auszubauen.

25 Nur wenn wir diese Potenziale ausschöpfen, wird Bayern wirtschaftlich stark bleiben.
26 Gerechtigkeit, Ökologie, Investitionen und ein aktiver Staat sind die Voraussetzung
27 dafür, dass wir uns wirtschaftlich weiterentwickeln können.

28

29 Wir müssen die Vorteile und Potenziale des Freistaats viel besser einsetzen, um unser
30 Leitbild von Gerechtigkeit, guter Arbeit und Investitionen zu konkretisieren, z. B. für
31 Kinderbetreuung, Bildung, Verkehrsinfrastruktur für öffentliche Verkehrsmittel,
32 Barrierefreiheit, ein bedarfsgerechtes Angebot bezahlbaren Wohnraumes, bezahlbare
33 öffentliche Energieversorgung vorrangig mit regenerativen Energien.

34 Wo der Staat öffentliche Mittel einsetzt, muss er seinen Einfluss und sein Eigentum
35 sichern, anstatt Private zu bereichern. Öffentliche Fördermittel sind daher entweder

- 1 • als Eigentum zu behalten (z. B. Bahn, Telekommunikations-Infrastruktur,
2 Energie, Wohnen)
- 3 • oder mit sozialen und ökologischen Auflagen zu versehen (z. B. Landwirtschaft,
4 öffentliche Verkehrsmittel, Zuschüsse für Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen,
5 Schwimmbäder usw.)

6 Dies gilt insbesondere auch für Mittel, die der Freistaat aus europäischen Töpfen oder
7 vom Bund erhält und verwaltet.

8

9 Tariftreue, Personalvertretungsrecht, Landesplanung, Bildungsurlaub,
10 Ladenschlusszeiten, Ausbildung in sozialen Berufen und die Daseinsvorsorge im
11 weitesten Sinn (soweit das Land zuständig ist) sind landespolitische Hebel für mehr
12 Arbeitnehmerrechte, Gleichstellung und Gerechtigkeit. Recht und Ordnung auf dem
13 Arbeitsmarkt und beim Verbraucherschutz, öffentliche Verkehrsmittel, Investitionen in
14 bezahlbaren Wohnraum, Kultur- und Bildungseinrichtungen sowie eine wirksame
15 Landesentwicklungsplanung sind weitere Elemente einer bayerischen Gerechtigkeits-
16 und Investitionsstrategie. Sie können und müssen gleichzeitig eingesetzt werden, um
17 die regionalen Ungleichgewichte abzubauen. Wirtschaftsstrukturförderung und
18 Industriepolitik brauchen klare Zielvorgaben und wirksame Instrumente. ÖPP und
19 allen anderen Formen von Privatisierungen öffentlichen Eigentums treten wir
20 konsequent entgegen.

21

22 Rolle in der Bundespartei wahrnehmen

23 Die BayernSPD wirkt bundes- und landespolitisch vor allem auch deshalb farblos, weil
24 sie keine Rolle mehr in der programmatischen Debatte der Gesamtpartei spielt,
25 sondern als blasse Kopie der Bundesebene wahrgenommen wird. Dies gilt, obwohl wir
26 an der Basis und auf Parteitaggen programmatische Anstöße entwickelt haben (Arbeit
27 4.0, Rente, CETA, Frauen). Die Spitze der BayernSPD hat bisher die Gelegenheit
28 verstreichen lassen, die eigene Beschlusslage in der Bundespartei umzusetzen – und
29 dabei ein eigenes Profil zu entwickeln.

30

31 Stillhalten gegenüber Berlin darf nicht das Rezept sein, um Wohlwollen und
32 Unterstützung von dort zu erhalten. Die BayernSPD muss sich auf die eigenen Kräfte
33 besinnen, auch in finanzieller Hinsicht. Sie kann dies als zweitgrößter Landesverband
34 auch durchstehen.

35 In der Konsequenz heißt das, dass unsere programmatischen Anstöße und inhaltlichen
36 Positionen konsequent gegenüber der Bundespartei vertreten und durchgesetzt
37 werden müssen, auch dann, wenn sie noch nicht Linie der Parteiführung sind. Die
38 Bundespartei stünde wesentlich besser da, wenn wir gerade mit den

1 Gerechtigkeitsthemen der BayernSPD-Landesparteitage mehr Anklang gesucht und
2 gefunden hätten. Gerade jetzt wird sichtbar, wie lange und wie stark die WählerInnen
3 auf solche Signale gewartet haben.

4

5 Aktuell unterstützen wir deshalb folgende Kernpositionen für ein
6 sozialdemokratisches Regierungsprogramm zur Bundestagswahl 2017:

7

8 Zeit für mehr Gerechtigkeit – bayerische Anforderungen an das SPD-
9 Regierungsprogramm

10 An dieser Stelle wollen wir - ohne jeden Anspruch auf Vollständigkeit - zentrale,
11 unverzichtbare Maßnahmen benennen, mit denen eine sozialdemokratisch geführte
12 Bundesregierung den gefährlichen Tendenzen wirksam begegnen und eine neue
13 soziale und ökonomische Dynamik entfalten kann.

14 Aus- und Weiterbildung

15 Bildungsgerechtigkeit ist die Grundlage für beruflichen Erfolg, eine eigenständige
16 Existenzsicherung und für eine gute Altersversorgung. Bildung darf aber nicht vom
17 Geldbeutel der Eltern oder von der sozialen Herkunft abhängig sein. Eine gerechte
18 Gesellschaft wird durch ein frühes und langes gemeinsames Lernen von Kindern aller
19 sozialer Gruppen gefördert. Somit dient Bildung der Integration und der Inklusion und
20 befähigt zu einer größtmöglichen gesellschaftlichen Teilhabe im späteren
21 Lebensverlauf.

22

23 Obwohl Mädchen und junge Frauen die besseren Schulabschlüsse haben und
24 mittlerweile die Mehrzahl der Studienanfängerinnen/Studierenden stellen, sind die
25 Berufschancen nach der Ausbildung immer noch ungerecht verteilt. Dies liegt nicht
26 nur an dem immer noch sehr traditionellen Berufs- und Studienfachwahlverhalten von
27 Frauen und Männern – so sind Frauen in MINT-Berufen hoffnungslos
28 unterrepräsentiert -, sondern auch an der Bewertung der sozialen Berufe, sowie der
29 Bewertung der von Frauen dominierten Berufe. Dies ist teilweise schon bei der
30 Ausbildung angelegt. In der dualen Ausbildung sind die Berufsschulen gebührenfrei
31 und die Auszubildenden erhalten eine Ausbildungsvergütung. In den überwiegend von
32 Frauen gewählten verschulten Ausbildungsgängen wie z.B. den Gesundheits-,
33 Erziehungs- oder Pflegeberufen wird teilweise Schulgeld erhoben und nicht überall
34 eine Ausbildungsvergütung bezahlt. Die Lohndiskriminierung beginnt hier schon in der
35 Ausbildung. Gerade die Digitalisierung der Arbeitswelt erfordert eine ganzheitliche

- 1 Weiterbildungsinitiative. Im weiteren Verlauf eines Berufslebens muss deshalb der
2 gleiche Zugang zu Aus- und Weiterbildung garantiert werden – insbesondere für ältere
3 Beschäftigte, Teilzeitbeschäftigte und Beschäftigte mit Familienpflichten.
4 Wir wollen eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an
5 Bildungschancen und Zugang zu Aus- und Weiterbildung.
- 6 Wir wollen Frauen und Männer darin unterstützen, das traditionelle Berufs- und
7 Studienfachwahlverhalten zu überwinden.
- 8 Wir wollen eine gebührenfreie Ausbildung für alle und gleichen Zugang für Frauen und
9 Männer zu betrieblichen und überbetrieblichen Weiterbildung, für Teilzeitbeschäftigte
10 und Eltern ebenso wie für Vollzeitbeschäftigte oder Ältere.
- 11 Deshalb fordern wir:
- 12 • den Ausbau der frühkindlichen Ganztagsbetreuung und einen Rechtsanspruch
13 auf einen Ganztagsschulplatz
 - 14 • bereits in der Sekundarstufe 1 in den Unterricht integrierte Informationen über
15 berufliche Möglichkeiten in der dualen und universitären Ausbildung, die die
16 Rollenstereotypen überwinden, auf die Ausbildung vorbereiten und die Zahl der
17 Ausbildungsabbrüche zu reduzieren
 - 18 • gendersensible Berufswahlorientierungsprogramme schulformübergreifend
 - 19 • eine geschlechtsneutrale Berufsberatung durch die Bundesagentur für Arbeit
 - 20 • weitere geeignete Maßnahmen für mehr Frauen in MINT-Berufen und mehr
21 Männer in den sozialen Berufen
 - 22 • die Schulgeld-, Lernmittel- und Studiengebührenfreiheit bis zum Abschluss der
23 Ausbildung für alle gesetzlich geregelten Ausbildungsgänge
 - 24 • eine Mindestausbildungsvergütung
 - 25 • eine Ausbildungsplatzumlage zur Sicherstellung eines auswahlfähigen und
26 bedarfsgerechten Angebotes an Ausbildungsplätzen und eine
27 Ausbildungsgarantie
 - 28 • die Reform des Berufsbildungsgesetzes (BBiG) mit
 - 29 • der Überführung der verschulten Ausbildungen in die duale Ausbildung oder in
30 ein duales Studium
 - 31 • Fahrkostenübernahme, Qualitätssicherung und Übernahmeregelung
 - 32 • der Einführung einheitlicher Rahmenbedingungen für das Duale Studium
 - 33 • dem Ausbau in ein Weiterbildungssystem mit Qualitätssicherung und
34 Zertifizierung, Freistellungs- und Rechtsansprüchen und
35 Finanzierungsmechanismen. Das reformierte und ausgebaut BBiG muss den
36 Rahmen von Aus- und Weiterbildungsangeboten und Rechtsansprüche für alle

- 1 Beschäftigten sichern. Das gilt auch in adäquater Weise für Ältere,
2 Teilzeitbeschäftigte oder Beschäftigte mit familiären Verpflichtungen während
3 Erziehungs- und Pflegezeiten. Dazu gehört im Bedarfsfall auch ein
4 Kinderbetreuungsangebot.
- 5 • einheitlichen Qualitätsstandards, die das heterogene Umfeld der
6 Weiterbildungssysteme transparenter und vergleichbar macht.
 - 7 • die Weiterentwicklung der Arbeitslosenversicherung zu einer
8 Arbeitsversicherung, die Veränderungen der Arbeitswelt für ArbeitnehmerInnen
9 bewältigbar macht und auch zweite, dritte und vierte Chancen ermöglicht,
10 Abstiegszenarien entgegenwirkt und Lebensleistung respektiert
 - 11 • die Anwendung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) auch im
12 Hochschulbereich
 - 13 • Gezielte Maßnahmen des Zugangs Geflüchteter zu Ausbildung und Integration
14 in den Arbeitsmarkt, ohne dass dabei Druck auf die Arbeitsbedingungen
15 entsteht und Lohn- und Sozialdumping in Gang gesetzt wird.

16 Gute Arbeit – Gutes Leben

17 Existenzsichernde Erwerbsarbeit ist die Voraussetzung für gleichberechtigte
18 gesellschaftliche Teilhabe und ein gutes Leben. Doch das Normalarbeitsverhältnis –
19 Vollzeit, sozialversicherungspflichtig, tariflich abgesichert, unbefristet und Existenz
20 sichernd - wird mehr und mehr durch prekäre Beschäftigung – Teilzeit, geringfügige
21 und/oder befristete Beschäftigung, Leiharbeit sowie ohne Tarifbindung
22 zurückgedrängt.

23 Gleichzeitig möchten immer mehr Menschen Beruf und Familie partnerschaftlich
24 vereinbaren. Aber nur die wenigsten können dieses Partnerschaftsmodell leben.
25 Während Männer in der Regel ihre Arbeitszeit für eine bessere Vereinbarkeit von
26 Familie und Beruf gerne reduzieren möchten, stecken Frauen meist unfreiwillig in der
27 Teilzeitfalle fest. Über die Hälfte der erwerbstätigen Frauen - zum ganz großen Teil
28 Mütter - arbeiten häufig unfreiwillig Teilzeit. Damit ist in vielen Fällen weder die
29 eigene Existenzsicherung noch die der Kinder möglich. Teilzeitbeschäftigte arbeiten
30 häufig unter ihrer Qualifikation, werden schlechter bezahlt als Vollzeitkräfte, haben
31 kaum Möglichkeiten zur betrieblichen oder überbetrieblichen Weiterbildung und
32 werden beim beruflichen Aufstieg wegen ihrer Arbeitszeit kaum berücksichtigt. Dies
33 führt am Ende eines Erwerbslebens in der Regel zu nicht existenzsichernden
34 Rentenansprüchen. Wegen der immer noch einseitig den Frauen zugeschriebenen
35 Verantwortung für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf haben auch in Vollzeit
36 erwerbstätige Frauen trotz bester Qualifikation kaum Chancen eine Führungsposition

1 auszuüben. Darüber hinaus werden überwiegend von Frauen ausgeübte Tätigkeiten in
2 der Regel schlechter bewertet und bezahlt als die von Männern ausgeübten
3 Tätigkeiten. Die Lohnlücke zwischen Frauen und Männern beträgt derzeit 21 %, die
4 Rentenlücke sogar über 50%. Aber nicht nur die Erwerbsarbeitszeiten sind ungleich
5 verteilt, sondern auch die unbezahlte Sorgearbeit im Haushalt, bei der
6 Kindererziehung oder der Unterstützung pflegebedürftiger Angehöriger.

7 Aber auch die Arbeitswelt verändert sich und ist noch immer nicht alters- und
8 altersgerecht ausgestaltet. Im Gegenteil! Die Arbeitsverdichtung nimmt in allen
9 Bereichen zu. Ebenso wie die Erwartung der Allzeitverfügbarkeit für den Betrieb. Die
10 Digitalisierung erleichtert die Entgrenzung von Arbeit und Leben. Dadurch wird die
11 Balance zwischen Arbeit und Leben immer schwieriger und immer mehr Beschäftigte
12 fühlen sich überfordert.

13 Für Langzeitarbeitslose stehen auf dem Arbeitsmarkt zu wenige
14 Beschäftigungsmöglichkeiten zur Verfügung. Aber auch sie haben das Anrecht darauf,
15 mit Arbeit ihre eigene Existenz zu sichern. Es ist sinnvoller Arbeit statt Arbeitslosigkeit
16 zu finanzieren.

17 Der demographische Wandel und regionale Ungleichgewichte stellen uns vor große
18 Herausforderungen: Die Ungleichheit nimmt innerhalb jeder Generation zu.
19 Landflucht, hohe Mieten in den Ballungsräumen, Unterversorgung auf dem Land,
20 Ungleichheit der Lebensverhältnisse in finanzstarken und –schwachen Kommunen, die
21 Zwei-Klassen-Medizin und mangelnde medizinische Versorgung in der Fläche führen
22 zu sozialer Ausgrenzung und verhindern gesellschaftliche Teilhabe für alle.
23 Wir wollen wieder Ordnung auf dem Arbeitsmarkt herstellen, Abstiegsängste abbauen
24 und den Beschäftigten wieder Sicherheit geben.

25 Wir wollen die Gleichstellung von Frauen und Männern auf dem Arbeitsmarkt
26 durchsetzen und damit mehr Menschen eine partnerschaftliche Vereinbarkeit von
27 Familie und Beruf ermöglichen.

28 Gute Arbeit und an die Bedürfnisse der Beschäftigten ausgerichtete Arbeitszeiten sind
29 Voraussetzung für ein gutes Leben und gleiche Teilhabe in allen gesellschaftlichen
30 Bereichen.

31 Wir wollen Langzeitarbeitslosen eine Perspektive geben.

32 Zu einem guten Leben und gesellschaftlicher Teilhabe für alle gehören auch
33 bezahlbares Wohnen und eine gute medizinische und pflegerische Versorgung sowie
34 gleichen Lebensbedingungen für alle.

1 Wir wollen die fortschreitende Digitalisierung zum Vorteil aller Beschäftigten
2 mitgestalten, damit sie nicht zu schlechteren Arbeitsbedingungen führt.

3 Deshalb fordern wir:

4 Gute Arbeit

- 5 • Einen armutsfesten Mindestlohn - ohne Ausnahmen und mit wirkungsvollen
6 Kontrollen
- 7 • die Abschaffung der sachgrundlosen Befristung sowie die Einschränkung der
8 Befristungsgründe
- 9 • die Einführung der befristeten Teilzeit mit einem Rückkehrrecht zur alten
10 Arbeitszeit
- 11 • die Reform der Minijobs auf Basis des DGB-Modells
- 12 • eine intensivere und praxistaugliche Bekämpfung des Missbrauchs von
13 Leiharbeit,
14 Werkverträgen und Scheinselbstständigkeit. Der Grundsatz gleicher Lohn für
15 gleiche Arbeit am gleichen Ort muss eingehalten werden.
- 16 • Eine höhere Tarifbindung, beispielsweise durch die Vereinfachung der
17 Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen, die Eindämmung der
18 Tarifflicht u.a.
- 19 • die Durchsetzung von Recht und Ordnung auf dem Arbeitsmarkt durch
20 wirksame Kontrollen des Arbeits- und Sozialrechts sowie eine bessere und
21 bundesweite Koordinierung.
- 22 • einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor, sowie die finanzielle
23 Förderung strukturschwacher regionale Arbeitsmärkte
- 24 • die Regulierung der Plattformarbeit
- 25 • die Stärkung der Mitbestimmungsrechte der Betriebs- und Personalräte mit
26 Blick auf die Digitalisierung. Z.B. hinsichtlich Qualifizierung, Gesundheitsschutz,
27 Werk- und Dienstverträge und bei Umstrukturierung.

28

29 Ausbau des Mutterschutzgesetzes zu einem Elternschutzgesetz

- 30 • Kündigungsschutz für werdende Väter ab dem 4. Monat der Schwangerschaft
31 der Partnerin
- 32 • Zwei Wochen Karenzzeit für Väter ab Geburt des Kindes
- 33 • jeweils hälftige Verteilung/Inanspruchnahme der Elternzeit zur vollen
34 Ausschöpfung des Elterngeldes (Sonderregelungen für Alleinerziehende, bei
35 Mehrlingsgeburten und bei Neugeborenen mit Handicap)

36

37 Vereinbarkeit

- 1 • die Einführung der Familienarbeitszeit für Eltern und pflegende Angehörige, die
2 als Lohnersatzleistung ausgestaltet werden soll.
- 3 • die Einführung der Wahlarbeitszeit (Wahlarbeitsgesetz)
- 4 • einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für alle Kinder bis zum 10.
5 Lebensjahr, sowie für Kinder mit besonderem Unterstützungsbedarf
- 6 • gebührenfreie Kita-Plätze und
- 7 • bis zur Verwirklichung der Gebührenfreiheit steuerliche Gleichbehandlung von
8 Arbeitgeberzuschüssen zu Hortplätzen mit denen für Kita-Plätze
9 Entgeltgleichheit
- 10 • die Weiterentwicklung des Lohntransparenzgesetzes zu einem
11 Entgeltgleichheitsgesetz, in dem alle Beschäftigten erfasst werden, verbindliche
12 Kriterien für Prüfverfahren, verbindliche Verfahren zur Herstellung der
13 Entgeltgleichheit und zur Bewertung gleichwertiger Arbeit sowie ein
14 Verbandsklagerecht vorgesehen werden
- 15 • die Aufwertung sozialer, pflegerischer und erzieherischer Berufe, wobei der
16 öffentliche Dienst eine Vorbildrolle einnehmen muss.
- 17 • ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft, mit dem der Anteil der
18 Frauen in allen Unternehmensebenen gesteigert wird

19

20 Mitbestimmung/Tarifrecht

- 21 • einen Ausbau der betrieblichen Mitbestimmung, sowie eine härtere Bestrafung
22 von Behinderung gewerkschaftlicher Arbeit und Betriebsratsarbeit, Sicherung
23 der Ansprüche und Arbeitsbedingungen bei Umstrukturierungen und
24 Eigentümerwechsel von Betrieben
- 25 • wirksamen Schutz von Whistleblowern
- 26 • die Beschäftigten bei den Kirchen müssen endlich arbeits-, tarif-, betriebs- und
27 mitbestimmungsrechtlich mit allen ArbeitnehmerInnen gleichgestellt werden

28

29 Gesellschaftliche Rahmenbedingungen

- 30 • die Einführung der Bürgerversicherung Gesundheit und Pflegevollversicherung
31 bei deutlicher Reduzierung von Zuzahlungen (Brillen, Zahnersatz,
32 Medikamente)
- 33 • mehr bezahlbaren Wohnraum durch einen deutlichen Ausbau des öffentlichen
34 sozialen und genossenschaftlichen, auch altersgerechten, Wohnungsbaus und
35 gezielt für Studierende und Auszubildende und die Konzentrierung aller
36 öffentlichen Fördermittel auf diese Bereiche

37

1 Rente und Altersvorsorge

2 Die umlagefinanzierte und beitragsbezogene gesetzliche Rentenversicherung hat sich
3 bewährt. Allerdings müssen die negativen Auswirkungen der vergangenen
4 Rentenreformen auf das Rentenniveau, die Altersvorsorge langjährig Versicherter mit
5 niedrigen eigenen Rentenanwartschaften, das Altersarmutsrisiko Erwerbsgeminderter
6 sowie von Frauen überprüft und korrigiert werden. Darüber hinaus muss die
7 gesetzliche Rentenversicherung auf die sich verändernden Erwerbsverläufe mit
8 Brüchen in den Erwerbsbiographien und wiederholten Bildungsanstrengungen
9 angepasst werden. Eine weitere steuerliche Förderung der kapitalgedeckten
10 Altersvorsorge wie „Riester“-Rente lehnen wir bei Vertrauensschutz für bestehende
11 Verträge ab. Private Formen der Altersvorsorge können höchstens eine zusätzliche
12 Vorsorge zur lebensstandardsichernden gesetzlichen Rente sein. Eine weitere
13 Anhebung des gesetzlichen Renteneintrittsalters lehnen wir ab.

14

15 Wir wollen die gesetzliche Rentenversicherung stärken und zukunftsfest machen. Wir
16 wollen, dass langjährig Versicherte sowie Versicherte, die wegen Kindererziehung oder
17 der Pflege naher Angehöriger ihre Erwerbstätigkeit zeitweise reduziert haben, im Alter
18 dadurch keine Nachteile haben.

19 Deshalb fordern wir:

- 20 • die Finanzierung aller nicht durch Beiträge gedeckten Leistungen, wie
21 Mütterrente, Ost-West-Angleichung usw. aus Steuermitteln
- 22 • die Höherbewertung niedriger Einkommen (Rente nach
23 Mindestentgeltpunkten) und die Einführung eines
24 Alterseinkommensfreibetrages für alle Alterseinkünfte, der ein
25 Alterseinkommen oberhalb der Grundsicherungsschwelle sicherstellt.
- 26 • bis zur Reform der Minijobs die Streichung des derzeit möglichen individuellen
27 Verzichts auf die Rentenversicherungspflicht bei niedrigen Einkommen (Opt-
28 out bei Minijobs beenden)
- 29 • eine rentenrechtliche Anrechnung von Aus- und Fortbildungszeiten sowie
30 Zeiten des ALG II-Bezugs
- 31 • die Abschaffung der Abschläge bei Erwerbsminderungsrenten
- 32 • die Stärkung der gesetzlichen Rentenversicherung durch eine Wiederanhebung
33 des Sicherungsniveaus auf mindestens 50%
- 34 • die Abschaffung der sozialversicherungsfreien Entgeltumwandlung
- 35 • die Öffnung der gesetzlichen Rentenversicherung für Zusatzbeiträge
- 36 • die Weiterentwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung hin zu einer
37 zukunftsfesten Erwerbstätigenversicherung, in die sofort alle Selbständige,

- 1 Freiberufler usw., sowie Abgeordnete, BeamtInnen entsprechend ihrem
2 Einkommen einbezogen werden. Auch hier gilt ein individueller
3 Vertrauensschutz für die Versicherten in den bestehenden Systemen.
- 4 • eine vorgezogene Beitragssatzanhebung (paritätisch) zum Aufbau einer
 - 5 Demografierücklage
 - 6 • die Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze

7 Steuern und handlungsfähiger Staat

8 Die staatliche Daseinsvorsorge muss gerecht finanziert werden. Dabei müssen die
9 starken Schultern mehr tragen als die Schwachen. Darüber hinaus dürfen steuerliche
10 Regelungen insbesondere im Einkommensteuerrecht tradierte Rollenmuster nicht
11 verfestigen.

12 Die aktuellen fiskalischen Spielräume müssen genutzt werden, um notwendige und
13 zukunftsweisende Investitionen in Bildung und Infrastruktur zu leisten. Darüber
14 hinaus müssen wir die Spielräume nutzen, um die zu erwartenden Herausforderungen
15 des demographischen Wandels lösen zu können. Das verstehen wir als
16 Generationengerechtigkeit.

17 Seit vielen Jahren steigt die Ungleichheit in Einkommen und Vermögen an.
18 Ungleichheit schadet der wirtschaftlichen Entwicklung, spaltet die Gesellschaft und
19 gefährdet die Demokratie.

20 Der Steuersenkungswettbewerb innerhalb der EU ebenso wie die jüngsten Pläne
21 einiger Regierungen für Steuersenkungen für Konzerne zerstören die
22 Handlungsfähigkeit des Staates, unzählige Arbeitsplätze und am Ende unseren
23 Wohlstand.

24 Wir wollen Steuergerechtigkeit wiederherstellen und mehr Handlungsspielraum zur
25 Sicherung und zum Ausbau der staatlichen Daseinsvorsorge in den Bereichen der
26 Bildung, der Betreuungs-, Verkehrs- und digitalen Infrastruktur, der finanziellen
27 Ausstattung der Kommunen und zur Unterstützung der Aufgaben im Zusammenhang
28 mit dem demographischen Wandel zu erlangen.

29 Wir wollen ein sozialverträgliches Steuerrecht. Wir wollen damit die Grundlage für ein
30 erfolgreiches und erfülltes Zusammenleben und gesellschaftliche Teilhabe für alle
31 schaffen.

32 Deshalb fordern wir:

1 im Einkommenssteuerrecht:

- 2 • den Umstieg vom Ehegattensplitting zur Individualbesteuerung, wobei die
3 gegenseitige Unterhaltsverpflichtung steuerfrei bleibt. (Stichtagsregelung mit
4 Bestandsschutz für vor Stichtag geschlossene Ehen)
- 5 • die Steuerklasse IV mit Faktorverfahren als Regelbesteuerung und die
6 Abschaffung der Steuerklassenkombination III/V
- 7 • die Abschaffung der Zinsabgeltungssteuer, welche Kapitaleinkommen
8 bevorzugt.
9 Stattdessen fordern wir die gleiche Besteuerung von Arbeits- und
10 Kapitaleinkünften.
- 11 • die Beibehaltung des Solidaritätszuschlages zur Finanzierung der Maßnahmen
12 zur
13 Bewältigung des demographischen, strukturellen und regionalen Wandels im
14 Rahmen einer Gemeinschaftsaufgabe
- 15 • eine Entlastung der unteren Einkommen, die vollständig durch Erhöhung des
16 Spitzensteuersatzes und der Reichensteuer für sehr hohe Einkommen
17 gegenfinanziert wird.

18 bei der Vermögens- und Erbschaftssteuer

- 19 • eine verfassungskonforme Wiederbelebung der Vermögenssteuer ☐ stärkere
20 Besteuerung großer Erbschaften.
- 21 • das Erbschaftsteuerrecht zu vereinheitlichen und gerechter auszugestalten. Es
22 muss gleiches Recht für alle Erbschaften gelten. Die Erbschaftssteuer ist
23 grundsätzlich bei Erwerb zu zahlen. Zur Sicherung der
24 Unternehmensfortführung sind (verzinsten) Stundungen bis zu 10 Jahren
25 möglich. Freibeträge bei Schenkungen und Erbschaften können pro Erwerber
26 nur einmal in Anspruch genommen werden.

27

28 für Finanztransaktionen

- 29 • die Einführung der Finanztransaktionssteuer mit einem niedrigen Steuersatz
30 auf alle Formen von Transaktionen

31

32 beim Steuervollzug

- 33 • bessere und schnellere personelle und materielle Ausstattung der
34 Steuerverwaltung zur Eindämmung der Steuerhinterziehung

- 1 • eine bessere internationale Kooperation im Steuerdatenaustausch und eine
2 Harmonisierung von Unternehmensbesteuerung.
3

4 in der allgemeinen Gesetzgebungsarbeit und im Haushaltsrecht

- 5 • ab der nächsten Wahlperiode die Verankerung von Gleichstellung, sozialer
6 Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit als Querschnittsaufgabe in der gesamten
7 Gesetzgebung; bei der Haushaltsaufstellung und beim Haushaltsvollzug sind
8 Folgenabschätzungen hinsichtlich der Gleichstellung (z.B. Gender Budgeting),
9 Verteilungswirkungen und der Nachhaltigkeit vorzunehmen.
10

11 Demokratie leben – Arbeitnehmerpartei sein

12 Die BayernSPD wirkt oft getrieben, sei es von den Medien, der politischen Konkurrenz,
13 von Umfragen oder der Tagesaktualität. Dies wird als Unsicherheit und fehlende
14 Verankerung in der Bevölkerung und im persönlichen Umfeld wahrgenommen.
15 Volksnähe wird uns nicht hinreichend geglaubt, Heimat wird uns nicht zugeschrieben
16 – zu Unrecht.
17

18 Die Partei braucht einen Klärungsprozess über Grundeinstellungen und
19 Umgangsweisen – sowohl intern als auch mit unserem persönlichen und politischen
20 Umfeld. Wir brauchen dafür ein breit angelegtes Selbstverständigungs-
21 Nachwuchsförderungs- und Bildungsprogramm für MandatsträgerInnen,
22 FunktionärInnen, Mitglieder und uns Nahestehende. Sätze wie „Der Köder muss dem
23 Fisch schmecken, nicht dem Angler“ dokumentieren die Abgehobenheit, die das Bild
24 von Parteien und MandatsträgerInnen in der Öffentlichkeit zeichnen. Zuerst muss
25 wieder das Zuhören gelernt, müssen Lebenserfahrungen gebündelt und Forderungen
26 entwickelt werden. Unsere Bildungsarbeit ist gleichzeitig Arbeit an unserer
27 Programmatik, ist „Gespräch mit jedermann“ sowie „Mobilisierung der Demokratie“
28 (Waldemar von Knoeringen). Parteiarbeit muss zeitgemäß, interessant, spannend,
29 aktivierend werden – und zwar jenseits folgenloser „Regionalkonferenzen“. Wer sich
30 selbst nicht ernst nimmt, wird auch von anderen nicht ernst genommen. Nur wer
31 zuhören kann, wird auch verstanden.
32

33 Die Ergebnisse dieser partizipativ erarbeiteten Programmatik müssen nachhaltig und
34 mit Ausdauer, offensiv und selbstbewusst, argumentativ und im Team vertreten
35 werden. Sie dürfen nicht ständig der Tagesaktualität und der letzten Umfrage gemäß
36 gewechselt oder gar aufgegeben werden.

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39

Aktuell gewinnen wir viele neue Mitglieder. Sie haben oft den Wunsch, mehr über unsere Partei zu erfahren, Mitstreiterinnen kennenzulernen, selbst mitgestalten und mitentscheiden zu können. Auch „altgediente“ Mitglieder und FunktionärInnen brauchen Angebote zur politischen Selbstreflektion, zum Auftanken und zur Weiterentwicklung von Inhalten und Arbeitsformen.

„Nicht Ihr habt Euch von uns entfernt, sondern wir uns von Euch“ (Christian Kern, SPÖ-Vorsitzender und österr. Bundeskanzler). Lernprozesse schließen auch Aufarbeitung und Korrektur statt Rechtfertigung oder Totschweigen von früheren Fehlern ein.

In einer alltäglichen Umgebung, die einesteils von hoher Distanz zu politischem Engagement und anderenteils von aufgeladener und polemischer Stimmung geprägt ist, bedarf es Räume und Zeiten direkter Kommunikation und Reflexion. Dies muss die SPD als Partei anbieten, und zwar dezentral, aber auch und besonders an festen Orten an den traditionellen uns nahestehenden Bildungsstätten. Deshalb sind die Bemühungen zu intensivieren und zum Erfolg zu führen, in Bayern die festen Bildungsstätten mit sozialdemokratischer Tradition zu erhalten.

Die Partei für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu sein ist für die SPD die Überlebens- und Mehrheitsfrage schlechthin. Wir brauchen eine breite Verankerung in den Gewerkschaften, Betrieben und Verwaltungen.

Dies ist in erster Linie eine inhaltliche, aber auch eine personelle und organisatorische Frage. ArbeitnehmerInnen stoßen an objektive Barrieren, da die Teilnahme an demokratischen Willensbildungsprozessen ebenfalls eine soziale Schieflage aufweist, und weil die fortschreitende Entgrenzung von Arbeit und Freizeit, zunehmende Arbeitswege und andere Faktoren gerade bei Erwerbstätigen und mehrfach Engagierten kaum Raum für die Mitarbeit in der SPD lassen.

Daher wird die SPD auch die organisatorischen Rahmenbedingungen für eine Mitarbeit und Mitgestaltung von ArbeitnehmerInnen verbessern. Eine Stärkung der AfA und ihrer Betriebs-, Personen und Branchengruppen, auch als Gesamtaufgabe der Partei ist dabei unverzichtbar. Dies schließt selbstverständlich die gezielte Ansprache beispielsweise weiblicher und junger ArbeitnehmerInnen ein.

Nur in einem Dreiklang von

- allgemeinpolitischen Grundpositionen, Wertorientierung und Programm,

- 1 • einer von Bayern ausgehenden und auf Bayern bezogenen Strategie
- 2 • und den daran orientierten Arbeits-, Organisations- und
- 3 Willensbildungsstrukturen wird die BayernSPD ihre Potentiale ausschöpfen und
- 4 neue erschließen können.
- 5

Antragsteller: AfA-Landesvorstand

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38

Adressat: Landesparteitag, Landesvorstand zur Weiterleitung an den Bundesparteitag (Regierungsprogramm)

A 0 Gerechtigkeitsmanifest
Profil schärfen - sozialdemokratischen Aufbruch gestalten

Im internationalen Vergleich steht die Bundesrepublik gut da. Qualifizierte Arbeit, hohe Unternehmensgewinne, günstige Bedingungen auf den Finanzmärkten wirken aktuell positiv auf Wirtschaft und Arbeitsmarkt.

Gleichzeitig treffen die Folgen von Kriegen, Konflikten und Krisen auch unser Land. Deren Ursachen liegen vor allem in wachsenden Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten zwischen Regionen und Staaten sowie innerhalb der einzelnen Staaten. Weltweit öffnet sich die Schere zwischen Arm und Reich, Schwach und Mächtig immer weiter. Zu erheblichen Teilen trägt unsere Wirtschaftsweise mit ihrem Streben nach Profitmaximierung und Exportüberschüssen einen hohen Anteil der Verantwortung an dieser Entwicklung.

Auch in Deutschland nehmen Defizite und Ungerechtigkeiten zu: Wohnungsmangel, regionale Ungleichgewichte, Lücken in den sozialen Sicherungssystemen von Gesundheit über Arbeitslosenversicherung bis zur Altersvorsorge, ein ausgedünnter öffentlicher Dienst und viel zu geringe Investitionen in Daseinsvorsorge und Infrastruktur, insbesondere im sozialen Wohnungsbau – um nur einige Stichworte zu nennen.

Die Fluchtbewegungen geben konservativen und reaktionären Kräften bei uns Gelegenheit, von den Ursachen dieser Probleme abzulenken und die politische Tagesordnung mit nationalistischen und fremdenfeindlichen Diskursen zu bestimmen. Sie benutzen die Nöte und Ängste, um zu spalten und zu entsolidarisieren.

Während sich ein großer Teil der Bevölkerung sorgt, werden die Reichen und Superreichen immer reicher. Sie entziehen sich immer mehr gesellschaftlicher und staatlicher Kontrolle. Diese wachsende Kluft zwischen Arm und Reich gefährdet unsere Demokratie, unseren Rechtsstaat, die Freiheit und den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Gerade in dieser Zeit ist eine Sozialdemokratie gefordert, die klar für Gerechtigkeit steht.

1 Wir wollen das Vertrauen in das sozialdemokratische Versprechen nach einer
2 menschlicheren, gerechteren und friedlichen Gesellschaft erneuern.
3 Die SPD darf ihren Gestaltungswillen als Partei der sozialen Gerechtigkeit nicht
4 aufgeben. Es reicht nicht, vor Wahlen die soziale Karte unter immer neuen
5 Überschriften zu ziehen, sondern jetzt kommt es darauf an, neue Glaubwürdigkeit zu
6 erarbeiten.

7
8 Die SPD muss Orientierung bieten und einen klaren Führungsanspruch mit neuen
9 Mehrheiten erheben: Gegen politische Resignation und Spaltung der Gesellschaft. Für
10 Vertrauen in Inhalt und Handeln der Sozialdemokratie.

11 Wichtige Eckpunkte künftigen Regierungshandelns müssen daher sein:

12

- 13 • Unser Land durch Investitionen zukunftsfest machen

14

15 Deutschland braucht mehr Investitionen. Neben den Investitionen in Verkehrssysteme,
16 Energiewende, IT-Infrastruktur und Gebäude gilt es, auch in soziale Infrastruktur zu
17 investieren: in Gesundheit und Pflege, Bildung, Kultur, sozialen Wohnungsbau sowie
18 gezielte Forschung in gesellschaftlich notwendige Projekte. Dadurch wird die aktive
19 Rolle des Staates gestärkt.

20 Die SPD muss dafür sorgen, dass

21

- 22 ▪ vom öffentlichen Sektor entscheidende Impulse ausgehen. Liberalisierung und
23 Privatisierung sind keine Antwort auf die öffentliche Verschuldung und
24 Finanzknappheit. Bund, Länder und insbesondere die Kommunen brauchen für
25 ihre Aufgaben ausreichend eigene Mittel.
- 26
27 ▪ man sich mit der Schuldenbremse und dem Fiskalpakt in der gegenwärtigen
28 Form nicht abfindet, denn beides wirkt in Deutschland und Europa als
29 Investitionsbremse. Die Schuldenbremse durch Einwerbung privaten Kapitals zu
30 umgehen, ist inakzeptabel. Dies wäre nicht nur wesentlich teurer als eine
31 direkte Aufnahme von Staatsanleihen, sondern es würde die demokratische
32 Handlungsfähigkeit des Staates einschränken und ihn von privaten Geldgebern
33 abhängig machen. Wir fordern deshalb die endgültige Abschaffung der
34 Schuldenbremse und setzen uns für eine Neuauflage des Fiskalpakts ein, wobei
35 auch hier die Möglichkeit der Staatsverschuldung deutlich zu erleichtern ist.
- 36
37 ▪ die Nachfrage durch Stärkung der Masseneinkommen zunimmt, da sich nur
38 dann eine private Investitionsdynamik entfalten wird.

39

1 Die wachsende Ungleichheit ist derzeit die stärkste Investitionsbremse. Mehr
2 Binnennachfrage gerade in wirtschaftlich starken Ländern wie Deutschland durch
3 Erhöhung der Arbeitseinkommen und der öffentlichen Investitionen ist somit nicht nur
4 eine Frage der Gerechtigkeit, sondern des wirtschaftlichen Erfolges in der Zukunft.

- 5
6 • Recht auf gute Arbeit schaffen, Rente lebensstandardsichernd und paritätisch
7 gestalten, Gesundheit solidarischer finanzieren
8

9 Wir wollen ein Recht auf gute Arbeit, Bildung und Ausbildung für alle schaffen. Es geht
10 zunächst um die menschliche Gestaltung der Arbeitswelt. Dies bedeutet neue
11 Initiativen zur Humanisierung der Arbeit, insbesondere mit Blick auf die Digitalisierung
12 von Industrie und Dienstleistungen und den Umwälzungsprozess in der gesamten
13 Wirtschaft. Dies erfordert die Reduzierung von Belastungen, Verkürzung und
14 Begrenzung von Arbeitszeiten und systematischen betrieblichen Gesundheitsschutz,
15 besonders mit Blick auf die zunehmenden psychischen Erkrankungen. Die vielfach
16 beschworene Flexibilität hat sich an den Interessen der Beschäftigten zu orientieren
17 und kann sich nur auf dem Boden von sicheren Arbeitsplätzen und sozialer Sicherheit
18 entfalten.

19
20 Die SPD muss

- 21 ■ die Mitbestimmung in Betrieben und Verwaltungen ebenso wie die europäische
22 und globale Mitbestimmung in internationalen Konzernen ausbauen helfen,
23
- 24 ■ den begonnenen Weg von Mindestlohn, Stärkung der Tarifautonomie,
25 Bekämpfung des Missbrauchs von Leiharbeit und Werkverträgen, einer Reform
26 der Hartz-Gesetzgebung in Richtung einer Arbeitsversicherung mit
27 Verlängerung des ALG-I-Bezuges und gezielten Programmen gegen verhärtete
28 Langzeitarbeitslosigkeit weitergehen. Sachgrundlose Befristungen sind
29 abzuschaffen und Befristungsgründe einzuschränken. Den Mindestlohn wollen
30 wir dynamisieren und armutsfest machen, wirksam kontrollieren, durch ein
31 Verbandsklagerecht stärken sowie die Ausnahmen abschaffen. Wir brauchen
32 rechtliche Klarstellungen, um Lücken wie die Anrechnung von Sonderzahlungen
33 zu schließen.
34
- 35 ■ die Differenz zwischen Arbeitsentgelten von Frauen und Männern durch ein
36 wirksames Lohngerechtigkeitsgesetz schließen,
37
- 38 ■ dafür sorgen, dass Wert und Würde jeder Ausbildung und Arbeit anerkannt und
39 entgolten werden; dies erfordert einen gesetzlichen und finanziellen Rahmen

1 für die Aufwertung von Humandienstleistungen, erzieherischer und sozialer
2 Arbeit; ein wichtiger Schritt dazu ist die Umsetzung des Parteitagsbeschlusses
3 zur arbeits-, tarif- und mitbestimmungsrechtlichen Gleichstellung von
4 ArbeitnehmerInnen im kirchlichen Bereich

- 5
- 6 ■ die Qualifizierungsoffensive (Aus- und Weiterbildung), vor allem durch
7 Systematisierung und Zertifizierung der beruflichen Weiterbildung,
8 Weiterentwicklung des Berufsbildungsgesetzes, Mindestausbildungsvergütung,
9 Recht auf bezahlte Qualifizierungen, Finanzierung auch durch Branchen- und
10 regionale Fonds aus betrieblichen Umlagen fortsetzen.
- 11
- 12 ■ dass ein Konzept zur Anerkennung von ausländischen Berufsausbildung und
13 Studium in Deutschland ausgearbeitet wird
- 14

15 Wir brauchen endlich die BürgerInnenversicherung in der Kranken- und
16 Pflegeversicherung

- 17 ■ die alle Einkommensarten einbezieht, paritätisch finanziert ist und in der die
18 Beitragsbemessungsgrenze entsprechend angehoben wird,
- 19
- 20 ■ um über eine gerechte solidarische Finanzierung auch die Versorgungssicherheit
21 und Versorgungsqualität und die Zugänge zum medizinischen Fortschritt für
22 jede Bürgerin und jeden Bürger zu garantieren.
- 23

24 Unser Ziel in der Rentenpolitik ist die Erwerbstätigenversicherung für alle, unabhängig
25 vom Status als ArbeitnehmerIn, BeamtIn oder Selbständige. Notwendige Schritte
26 dorthin müssen sofort nach der nächsten Bundestagswahl erfolgen.

27

28 Das gesetzliche Rentenzugangsalter soll gesenkt werden. Um der Altersarmut zu
29 entgehen, darf kein faktischer Zwang entstehen, bis 67 oder darüber hinaus zu
30 arbeiten.

31

32 Wir werden

- 33
- 34 ■ die umlagefinanzierte, solidarische gesetzliche Rente (GRV) wieder zur
35 Hauptsäule der Altersvorsorge machen. Sie darf nicht zur Grundsicherung
36 verkommen, muss also den Lebensstandard sichern. Dies geht nur mit einem
37 gesetzlichen Rentenniveau deutlich oberhalb von 50 %. Dazu sind die derzeit
38 wirksamen Abschlagsfaktoren abzuschaffen.
- 39

- 1 ▪ die staatlichen Mittel für die Altersvorsorge in der gesetzlichen
2 Rentenversicherung bündeln, also z. B. die Riesterrente bei Vertrauensschutz für
3 bestehende Verträge abschaffen. Es darf keine neuen Subventionen und
4 staatliche Anreize für kapitalgedeckte Systeme welcher Art auch immer geben.
5 Die Finanzierungslücke ab etwa 2020 ist durch den Bundeszuschuss (u. a. aus
6 freie Mittel Riester und Mütterrentenzuschuss) und die vom DGB
7 vorgeschlagene Reserve wegen der Bevölkerungsentwicklung
8 (Demografiereserve) zu schließen. Die Rücklagen der gesetzlichen
9 Rentenversicherung wollen wir für den Bau bezahlbarer Wohnungen im
10 Eigentum der GRV investieren.

- 11
12 ▪ Renten wegen voller Erwerbsminderung müssen ungeschmälert gezahlt werden

- 13
14
15
16
17 • Durch Europa sozialen Frieden garantieren

18
19 Ungerechte Sparpolitik, Rückschritte in der europäischen Sozial- und
20 Arbeitsmarktpolitik sowie das Aushebeln von Arbeitnehmerrechten haben Europa
21 entsolidarisiert. Fiskalunion, Binnenmarkt, „Strukturreformen“ neoliberaler Prägung
22 funktionieren momentan als ideologischer Kitt, wirken aber als Sprengsätze für den
23 Zusammenhalt der EU.

24 Demgegenüber müssen die Handlungsfähigkeiten der Staaten gesichert werden. So
25 hat das deutsche Beispiel gezeigt, dass Konjunkturprogramme und gleichberechtigtes
26 Zusammenwirken der Tarif- und Betriebsparteien Krisen überwinden helfen. Daher
27 sind Investitionen auf EU-Ebene in Energie, Forschung, Bildung, Kultur, Infrastruktur,
28 den Schutz der Umwelt und den Arbeitsmarkt, vor allem für junge Menschen, ebenso
29 unverzichtbar wie im Inland.

30
31 Die SPD muss

- 32
33 ▪ in allen Ländern Europas einen nachhaltigen Wachstumskurs fördern, nicht auf
34 noch härteren Sparmaßnahmen setzen. Dies ist nicht nur wirtschaftlich richtig,
35 sondern auch politisch unbedingt notwendig, da nur so die Menschen wieder
36 Vertrauen in die europäische Idee und ihre europäischen Partner gewinnen
37 können. Eine Union, die für Privatisierung, Rentenkürzungen, fehlende
38 Krankenversicherung und gesellschaftliche Verarmung steht, wird niemals bei
39 den Bürgerinnen und Bürgern Erfolg haben können. Wir sind überzeugt davon,

1 dass die Bürgerinnen und Bürger diesen politischen Ansatz mitgehen werden,
2 wenn wir ihn konsequent als Leitidee gegen Neoliberalismus und gegen den
3 neuen Nationalismus stellen.

- 4
- 5 ■ die soziale Dimension der EU weiter stärken und insbesondere in der Eurozone
6 die sozialen mit den wirtschaftlichen Rechten gleichstellen. Eine europäische
7 Sozialunion beinhaltet auch Mindeststandards für ArbeitnehmerInnenrechte,
8 Sicherungssysteme und Mitbestimmung. Gleiche Arbeit am gleichen Ort ist
9 gleich zu behandeln.

- 10
- 11 ■ alle Anforderungen, die zu TTIP, TISA und CETA vom SPD-Parteitag beschlossen
12 wurden ernstnehmen. Diese Bedingungen sehen wir bisher nicht annähernd
13 umgesetzt. Viele Menschen erwarten gerade von der SPD, dass wir ihre
14 Interessen wahren und nicht Märkte und InvestorInnen besser behandeln als
15 Menschen und Umwelt. Die Beteiligung vieler Menschen an der Debatte über
16 die Handelsabkommen darf auch als Erfolg gewertet werden. Wir werden es
17 nicht zulassen, dass Parlamente durch ein vorläufiges Inkrafttreten solcher
18 Abkommen ausgehebelt werden.

- 19
- 20
 - 21
 - 22
 - 23 • Humanität und Verantwortung in der Politik für Geflüchtete zeigen

24

25 Unsere Politik für Geflüchtete muss von Humanität und Verantwortung gegenüber
26 Menschen in Not geprägt sein. Humanitäre Hilfe ist eine ethische Verpflichtung.
27 Die SPD muss sich dafür einsetzen, dass

- 28 ■ legale und vor allem sichere Wege für Geflüchtete nach Europa geschaffen
29 werden. Spezielles Augenmerk gilt hier besonders schutzbedürftigen Personen
30 wie Frauen, Kindern und Menschen mit besonderen Bedürfnissen, ebenso bei
31 deren Unterbringung.
- 32
- 33 ■ Grenzzäune für Geflüchtete verhindert und bereits errichtete abgebaut werden.
34 Der Schutz, den das Grundgesetz politisch Verfolgten garantiert, bleibt
35 unantastbar, das Asylrecht wird nicht weiter ausgehöhlt. Wie für keine andere
36 Partei ist dies wegen ihrer Überzeugung und ihrer Geschichte für die
37 Sozialdemokratie politische Verpflichtung.

38

- 1 ▪ dass geschlechtsspezifische Fluchtgründe anerkannt werden. Geflüchteten
2 muss die Möglichkeit gegeben werden, sich zügig integrieren zu können.
3 Schlüssel für Integration sind gute Bildung, Ausbildung und Arbeit. Dies setzt
4 wiederum gute Sprachkenntnisse voraus.

5

6 Die SPD muss dafür sorgen, dass

- 7 ▪ Finanzmittel für Eingliederung der Jobcenter erhöht werden, um Geflüchtete
8 mit einer Bleibeperspektive bei der Eingliederung in den Arbeitsmarkt zu
9 unterstützen. Die Aufstockung dieser Mittel dient allen Langzeitarbeitslosen
10 und ist zu einem Gesamtkonzept eines öffentlich geförderten Arbeitsmarktes zu
11 verdichten.

12

- 13 ▪ keine Konkurrenzsituation zwischen Geflüchtete und anderen
14 Arbeitnehmerinnen wie Arbeitnehmern entstehen. Einer Absenkung des
15 Mindestlohns für Geflüchtete, auch auf dem Umweg über 1-€-Jobs, Praktika
16 oder der Kennzeichnung als Langzeitarbeitslose, treten wir entschieden
17 entgegen. Auch wenn es zur Einschränkung oder Abschaffung der
18 Vorrangprüfung kommt, muss die Prüfung der Arbeitsbedingungen durch die
19 Arbeitsverwaltung erhalten werden.

20

- 21 ▪ ausreichend Sprach-, Alphabetisierungs- und Integrationskurse angeboten und
22 zügig besucht werden können. Kinderbetreuung soll dabei angeboten werden.

23

- 24 • Friedenspolitik aktiv gestalten

25

26 Friedenspolitik, muss die Ursachen von Konflikten, Gewalt und Kriegen benennen und
27 bekämpfen. Auch hier geht es um Gerechtigkeit, Ausgleich, Abbau von wirtschaftlichen
28 und politischen Abhängigkeiten, Folgen von Handelsbeziehungen und Klimawandel.
29 Wer von Friedensschaffung und Friedenssicherung reden will, darf über eine gerechte
30 Gestaltung der Globalisierung nicht schweigen. Die vielbeschworene „Verantwortung
31 Deutschlands in der Welt“ darf nicht als Vorwand für immer neue und intensivere
32 militärische Einmischungen benutzt werden, sondern muss vor allem präventiven und
33 diplomatischen Charakter haben.

34 Die SPD muss sich dafür einsetzen, dass

35

- 36 ▪ eine drastische Reduzierung der geplanten Aufrüstungspläne der
37 Bundesverteidigungsministerin in Höhe von 130 Mrd. Euro bis 2030
38 vorgenommen wird,

39

- 1 ▪ die eingegangenen Verpflichtungen im Rahmen der
2 Entwicklungszusammenarbeit (0,7 % des Bruttoinlandprodukts) eingehalten
3 werden,
4
- 5 ▪ die Sustainable Development Goals (SDGs) seitens der Bundesrepublik
6 (Nachhaltigkeitsziele, soziale Entwicklung weltweit) konsequent umgesetzt
7 werden, z. B. durch verbindliche Regelungen in den Handelsbeziehungen, die
8 diese Ziele für alle Unternehmen durchsetzen und kontrollierbar machen,
9
- 10 ▪ restriktive Regelungen der deutschen Rüstungsexport-Politik und deren
11 Durchsetzung auch auf europäischer Ebene gesetzlich verankert werden. Eine
12 sozialdemokratische Außenpolitik muss die zivile Krisenprävention in den
13 Mittelpunkt stellen und ausgleichend wirken. Weder darf die Isolationspolitik
14 gegen Russland noch der Waffenexport in kriegstreibende Länder wie Saudi-
15 Arabien fortgesetzt werden. Sowohl im Welthandel wie bei der Durchsetzung
16 von Recht und Gerechtigkeit brauchen wir globale Institutionen anstelle neuer
17 Blockbildungen.
18
- 19 • Steuern durch gerechte Steuern
20 Steuern dienen der Finanzierung der Staatsaufgaben, dem Ausgleich großer
21 Einkommens- und Vermögensungleichheiten und der Lenkung wirtschaftlicher
22 Aktivitäten, weg von schädlichen und gefährlichen egoistischen, hin zu gesellschaftlich
23 wertvollen Zielen.
24
- 25 Zur Zukunftssicherung bedarf es wieder einer sozialdemokratischen Steuerpolitik mit
26 einer
27
- 28 ▪ sozial ausdifferenzierten Einkommenssteuer mit einem höheren
29 Spitzensteuersatz bei Entlastungen im Eingangsbereich. Insbesondere müssen
30 GeringverdienerInnen entlastet werden und der kalten Progression deutlich
31 entgegen geschritten werden,
32
- 33 ▪ Kapitalbesteuerung mit dem persönlichen Einkommenssteuersatz. Hierbei ist
34 die Abgeltungssteuer abzuschaffen. Stattdessen sollen Kapitalerträge auf das
35 Einkommen angerechnet werden und progressiv gemäß dem
36 Einkommenssteuersatz besteuert werden. Eine Besserstellung von
37 Kapitaleinkünften gegenüber Lohneinkünften lehnen wir ab,
38
- 39 ▪ Wiedereinführung der Besteuerung großer Vermögen,

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29

- Erbschafts- und Schenkungssteuer, die Betriebsvermögen so behandelt, dass reinvestierte Gewinne berücksichtigt werden, um Arbeitsplätze und Wertschöpfung zu sichern, dem Gleichheitsbehandlungsgrundsatz des Bundesverfassungsgerichts gerecht wird.
- steuerlichen Gleichstellung aller Familienformen mit Einführung einer Individualbesteuerung
- und einer europäischen Finanztransaktionssteuer.

Die SPD muss sich dafür einsetzen, dass

- der Kampf gegen Schattenbanken und Steueroasen konsequent weitergeführt wird. Im Besonderen muss der Steuerflucht der Großkonzernen Einhalt geboten werden, hierzu fordern wir den Aufbau einer schnelleren nationalen Vernetzung und internationalen Kooperation im Steuerdatenaustausch,
- die Kapital- und Unternehmensbesteuerung in der EU mit Mindeststeuersätzen, wie es sie bei Verbrauchssteuern bereits gibt, harmonisiert wird
- ein Finanz-TÜV bei der Zulassung neuer Finanzprodukte eingeführt wird,
- die Bund-Länder-Finanzbeziehung nach dem Solidarprinzip reformiert wird.
- die Finanzbehörden technisch auszustatten und auch personell zumindest auf das Niveau der Personalbedarfsberechnung anzuheben, dass sie das geltende Recht wirksam durchsetzen können

1 Antragsteller: AfA-Landesvorstand

2

3 Adressat: Landesparteitag, AfA-Bundesvorstand und Landesvorstand zur Weiterleitung
4 an den Bundesparteitag (Regierungsprogramm)

5

6 A 1 Wachstum stärken – Ungleichgewichte abbauen – Wirtschaftspolitik europaweit
7 koordinieren

8

9 Die Ursachen der Euro-Krise beseitigen: Für eine tragfähige und soziale Architektur der
10 Eurozone

11

12 Die bisherigen Lösungsansätze zur Überwindung der Eurokrise verfehlen die
13 eigentlichen Ursachen, gehen zu Lasten der Lebens- und Arbeitsperspektiven vieler
14 Millionen Menschen, schaffen kein ausreichendes und nachhaltiges
15 Wirtschaftswachstum und bedrohen auf diese Weise den Bestand der Währungsunion
16 und der EU als Ganzes. Ein Auseinanderbrechen der Eurozone würde unvorhersehbare
17 wirtschaftliche Risiken für Europa und die Weltwirtschaft bedeuten. Von der damit
18 verbundenen politischen Dimension eines gespaltenen Europa ganz zu schweigen. Als
19 Europapartei der ersten Stunde werden Sozialdemokraten eine Spaltung Europas
20 niemals akzeptieren. Es ist die historische Aufgabe der SPD, neu aufkeimenden,
21 rückwärtsgewandten Nationalismus entschlossen in die Schranken zu weisen.

22

23 Doch dazu muss Europa endlich einen sozialverträglichen Pfad aus der Eurokrise
24 einschlagen und die gravierenden Konstruktionsfehler der Währungsunion konsequent
25 beseitigen:

26

27 - Die Kritik an einer einseitig auf Kürzungen der Lohn- und Sozialeinkommen
28 abzielenden Politik reicht quer durch sämtliche ökonomische Schulen, wie die Tagung
29 der Wirtschaftsnobelpreisträger im Juli 2014 in Lindau eindrucksvoll dokumentiert hat.
30 Europa braucht vordringlich eine gemeinsame Wachstums- und Investitionsstrategie,
31 eine Rückkehr zum Primat der Politik gegenüber den Finanzmärkten, mehr
32 Koordinierung und Harmonisierung sowie institutionelle Reformen. Notwendige
33 Strukturreformen zur Überwindung von je besonderen nationalen
34 Entwicklungsblockaden (z.B. Immobiliensektor in Spanien, effektive Verwaltungen in
35 Italien oder Griechenland, Bekämpfung von Korruption und Steuerhinterziehung u.a.)
36 können ihre Wirksamkeit am besten entfalten, wenn sie in eine Wachstumsstrategie
37 eingebettet sind.

38

1 - Die Webfehler der Währungsunion bestehen in der mangelnden politischen
2 Koordination der makroökonomischen Größen und in der Institutionalisierung einer
3 neoliberalen Wirtschaftsdoktrin. Mit Blick auf die Leistungsbilanzen, die Lohn- und
4 Inflationsentwicklung sowie auch auf die Steuerharmonisierung muss der sukzessiven
5 Abbau der bestehenden Ungleichgewichte konsequent ins Visier genommen werden.
6 Die wirtschafts- und steuerpolitische Integration muss entscheidend vertieft, Europa
7 mithin zu einer echten Wirtschafts- und Sozialunion weiterentwickelt werden. Eine
8 regelgebundene Finanzpolitik und Schuldenabbau sind in diesem Rahmen
9 unverzichtbar. Doch genau deshalb müssen sich Sozialdemokraten in ganz Europa auf
10 den Weg machen, eine zum Dogma geronnene und im Kern neoliberale
11 Austeritätspolitik zu überwinden. Denn die neoliberale Wirtschaftsdoktrin generiert
12 aufgrund ihrer einseitigen Sparfixierung viel zu wenig Investitionsdynamik und
13 Wirtschaftswachstum. Sie versperrt damit vor allem den Krisenstaaten die Möglichkeit,
14 sukzessive aus der Verschuldung herauswachsen zu können. Zudem geht die
15 Austeritätspolitik immer nur zu Lasten der Lohn- und Sozialeinkommen der breiten
16 Schichten und führt zum drastischen Abbau von Arbeitnehmer- und
17 Gewerkschaftsrechten. Europa braucht deshalb einen wirtschaftspolitischen
18 Paradigmenwechsel für mehr Wachstum und Investitionen und eine dauerhaft
19 tragfähige Architektur der Eurozone.

20
21 Ein sozialverträglicher Wachstumspfad aus der Eurokrise ist möglich

22

23 1. Ein Zukunftsinvestitionsprogramm für Europa

24 Es kommt entscheidend darauf an, europaweit abgestimmt für mehr
25 realwirtschaftliches Wachstum zu sorgen, damit die Staaten sukzessive aus der
26 Verschuldung herauswachsen können. Europa braucht dringend eine europaweit
27 koordinierte Wachstumsstrategie – etwa in Anlehnung und Fortschreibung der alten
28 Pläne zum Ausbau der europäischen Infrastruktur von Jaques Delors. Der Juncker-Plan
29 ist dafür kein Ersatz: Er zeigt zwar die richtige Einsicht, dass mehr Investitionen nötig
30 sind, beschränkt sich dazu aber auf Umdeklarierung von Haushaltsmitteln und setzt
31 auf die Hebelwirkung von Kreditmärkten, die gerade ihre Unfähigkeit erweisen,
32 produktive Investitionen in Gang zu setzen.

33 Insbesondere für die Krisenländer gilt: ohne Wachstum keine Steuereinnahmen, ohne
34 Steuereinnahmen keine erfolgreiche Konsolidierung. Diese Länder müssen deshalb
35 wieder auf einen Wachstumspfad zurückkehren können. Dieser Weg muss durch ein
36 europäisches Programm für öffentliche Zukunftsinvestitionen unterstützt werden.
37 Damit ein solches Investitionsprogramm tatsächlich eine spürbare Wirkung auf die
38 europäische Wirtschaft hätte, müsste es ausreichend groß dimensioniert sein. Das
39 Ausgabevolumen sollte dabei mindestens ein Prozent des Euro-Zonen-BIP, also rund

1 100 Milliarden Euro jährlich ausmachen. Gefordert ist in diesem Zusammenhang eine
2 investitionsfördernde Reform des Fiskalpaktes. Denn die geltenden Fiskalregeln der EU
3 ebenso wie die
4 Vorgaben zur Haushaltssanierung durch die ESM-Programme und den IWF haben dazu
5 geführt, dass in den vergangenen Jahren öffentliche Ausgaben in einer Art und Weise
6 gekürzt wurden, die das Wirtschaftswachstum in Europa sowohl von der Angebots- als
7 auch von der Nachfrageseite stark belastet. So wurden unter anderem Ausgaben für
8 öffentliche Investitionen in Infrastruktur ebenso massiv gekürzt wie Bildungsausgaben
9 und öffentliche Ausgaben für Forschung und Entwicklung. Sowohl in Deutschland als
10 auch in der Eurozone insgesamt liegen die öffentlichen Nettoinvestitionen (also
11 Bruttoinvestitionen abzüglich Abschreibungen für Abnutzung) nun im negativen
12 Bereich. Sprich: die öffentliche Infrastruktur verfällt zusehends. Nach allen
13 Erkenntnissen der neueren Wachstumstheorie sind allerdings gerade diese Ausgaben
14 besonders wichtig für die Effizienz einer Volkswirtschaft, ihren technologischen
15 Fortschritt und das mittelfristige Wachstumspotential. Ein europäisches
16 Wachstumsprogramm muss deshalb entschieden daraufsetzen, diese öffentlichen,
17 produktivitätssteigernden Ausgaben wieder zu erhöhen.

18
19 2. Ausgleich von Leistungsbilanzungleichgewichten durch mehr Binnennachfrage
20 Entscheidende Wachstumsimpulse für die Eurozone müssen von den
21 Überschussländern ausgehen. Diese müssen ihre eigene Binnennachfrage und ihre
22 Inlandsinvestitionen substanziell erhöhen, weil die Leistungsbilanzdefizitländer kaum
23 eigene expansive Impulse setzen können. Vor allem Deutschland ist hier gefordert es
24 muss seinen Niedriglohnsektor zurückdrängen, die öffentlichen Investitionen
25 ausweiten und zudem über ein höheres Lohnniveau einen wesentlichen Beitrag zur
26 dauerhaften Erhöhung der Binnennachfrage leisten. Der Ausgleich der
27 Ungleichgewichte kann nur beidseitig gelingen. Denn zum einen kann eine reine
28 Abwärtsanpassung des Preis- und Lohnniveaus in den Krisenländern der Euro-Zone
29 nicht gewünscht sein. Preis- und Lohnsenkungen machen nämlich tendenziell die
30 Bedienung der Schulden von Haushalten, Unternehmen und der öffentlichen Hand
31 noch schwieriger, weil die reale Schuldenlast steigt. Dies führt zu weiteren Problemen
32 im Bankensektor und zu einer dauerhaft gedämpften gesamtwirtschaftlichen
33 Nachfrage. Zum anderen wäre eine einseitige Anpassung der Krisenländer auch alles
34 andere als nachhaltig: Denn die Eurozone insgesamt – deren Leistungsbilanz
35 einigermaßen ausgeglichen ist – würde dann hohe Überschüsse im Handel mit
36 anderen Wirtschaftsregionen ausweisen und den Euro in eine massive
37 Aufwertungstendenz bringen. Alle Bemühungen der Krisenländer, ihre preisliche
38 Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern, würden durch eine Aufwertung konterkariert.
39 Deshalb ist die makroökonomische Koordinierung von zentraler Bedeutung.

1

2 3. Steuer-, Lohn- und Sozialdumping verhindern

3 Die Eurozone muss eine gezielte Steuer-, Sozial- und Inflationskonvergenz anstreben.

4 Es braucht auf hohem Niveau harmonisierte Körperschaftssteuern mit vergleichbaren
5 steuerlichen Bemessungsgrundlagen sowie Mindestlohnkorridore und Lohnleitlinien

6 nach wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit. Es geht darum, ein Steuer- und Lohndumping
7 sowie die damit verbundenen unkoordinierten realen Abwertungen im Euroraum

8 besser unterbinden zu können. Eine gemeinsame Währungsunion kann nur dann

9 funktionieren, wenn das vereinbarte Inflationsziel von allen Mitgliedsstaaten verfolgt

10 wird. Demnach muss gewährleistet werden, dass jedes Land seine Löhne jährlich in

11 angemessenem Umfang steigert. Das bedeutet insbesondere, dass Krisenstaaten,

12 welche ein zu hohes Lohnwachstum in der letzten Dekade generiert haben, nun

13 Lohnzurückhaltung üben müssen, während in Überschussländern, insbesondere in

14 Deutschland, Lohnzuwächse von deutlich über zwei Prozent über den

15 Produktivitätszuwachsen realisiert werden müssen.

16 4. Europäische Regulierung des Finanz- und Bankensektors

17 Der Finanz- und Bankensektor muss einer strikten und europaweit wirksamen

18 Regulierung unterzogen und die Verursacher der Finanzkrise über eine europaweite

19 Finanztransaktionssteuer zur Tilgung der Staatsdefizite herangezogen werden. Ohne

20 Wirtschaftswachstum kann die Konsolidierung dauerhaft nicht gelingen. Eine weitere

21 wichtige Bedingung für erfolgreiche Konsolidierung besteht aber darin, ausreichende

22 Steuereinnahmen zu generieren. Deshalb müssen die Krisenverursacher – die

23 Finanzmärkte - an der Finanzierung der Krisenfolgen durch die Einführung der

24 Finanztransaktionssteuer beteiligt werden – konzipiert mit breiter

25 Bemessungsgrundlage und wenigen Ausnahmen. Der Steuersenkungswettbewerb bei

26 Unternehmenssteuern ist zu beenden, auch Großkonzerne und Vermögensmillionäre

27 müssen sich angemessen an der Finanzierung ihrer Gemeinwesen beteiligen.

28

29 5. Schuldentilgung nicht zu Lasten des Wachstums

30 Die Refinanzierung der Krisenländer muss im Tausch gegen glaubwürdige

31 Verpflichtungen zum Schuldenabbau nachhaltig abgesichert werden wie dies etwa der

32 Sachverständigenrat mit dem sog. Schuldentilgungsfonds vorgeschlagen hat. Die

33 übermäßige Verschuldung der Euro-Länder jenseits einer Verschuldungsmarke von 60

34 Prozent der jährlichen Wirtschaftsleistung kann realistisch nur in einem Zeitraum von

35 20 bis 25 Jahren auf Basis einer gemeinsamen Teilhaftung abgebaut werden. Mit der

36 Gründung eines sog. Schuldentilgungsfonds nach dem Vorschlag des deutschen

37 Sachverständigenrats kann die Haftung – anders als bei Eurobonds – zeitlich wie

38 volumenmäßig begrenzt und mit einer „klaren, langfristigen und glaubwürdigen

39 Verpflichtung aller teilnehmenden Länder für den Schuldenabbau“ verbunden werden.

1 Zudem muss die unabweisbar notwendige Umschuldung Griechenlands in Angriff
2 genommen und die Rückzahlung der Kredite an das Wirtschaftswachstum gekoppelt
3 werden, damit Anreize für wachstumsfördernde Maßnahmen geschaffen werden.
4

5 6. Sparpolitik verschärft die wirtschaftlichen Probleme

6 Die Krisenländer haben bereits – zulasten ihres Wirtschaftswachstums – drakonische
7 Sparmaßnahmen umgesetzt. Entgegen weitverbreiteter Annahmen hat vor allem
8 Griechenland seine Ausgaben reduziert. Die Anzahl der öffentlichen Beschäftigten sank
9 in Griechenland zwischen 2009 und 2014 von 907.351 auf 651.717. Das ist ein
10 Rückgang von 25 Prozent. Das staatliche Defizit betrug im Jahr 2009 noch 15,6 Prozent.
11 Im Jahr 2014 sank es auf -2,5 Prozent. Kein Land der Welt hat sein Staatsdefizit in
12 einem solchen Ausmaß und in derart kurzer Zeit reduziert. Von weiteren drakonischen
13 Sparmaßnahmen bei den Masseneinkommen ist jedoch in der gesamten Eurozone
14 unbedingt abzusehen. Andernfalls droht jederzeit der Rückfall in schwere Rezessionen.
15 Eine erneute Rezession in den Krisenländern würde sämtliche
16 Konsolidierungsbemühungen nahezu aussichtslos machen. Allerdings müssen die
17 Krisenländer ihre Ausgabenpfade bei Löhnen und Staatsausgaben noch einige Jahre
18 verlangsamen, um ihre Defizite zu verringern. Weitere absolute Absenkungen bei
19 Staatsausgaben oder Löhnen müssen aber vermieden werden, vielmehr sind Zuwächse
20 zur wirtschaftlichen Stabilisierung erwünscht, sie müssen aber unterhalb der
21 „Normalzuwachsrate“ von Produktivität plus Zielinflationsrate bleiben.
22

23 7. Soziale Rechte und demokratische Strukturen in der EU stärken

24 Die europäische Wirtschafts- und Finanzunion muss durch eine Sozialunion flankiert
25 werden. Die sozialen Grundrechte, wie sie bereits in der EU-Grundrechtscharta
26 angelegt sind, dürfen nicht den Marktfreiheiten im europäischen Binnenmarkt
27 untergeordnet werden, sondern müssen ihnen vorgehen. Mit einer sozialen
28 Fortschrittsklausel muss dieses Prinzip vertraglich im europäischen Primärrecht
29 festgeschrieben werden. In Europa muss gelten: gleiche Lohn- und Arbeitsbedingungen
30 für gleiche Arbeit am gleichen Ort. Lohn- und Sozialdumping darf kein Raum gegeben
31 werden. Dazu müssen auch die Spielräume für Mitbestimmung in den europäischen
32 Unternehmen erweitert, die Rechte der europäischen Betriebsräte deutlich ausgebaut
33 werden. Arbeitnehmer aus unterschiedlichen EU-Staaten dürfen nicht gegeneinander
34 ausgespielt werden, sondern müssen die Chance haben, ihre Interessen gemeinsam zu
35 vertreten. Politisch ausgestaltet werden muss die europäische Sozialunion vor allem
36 dadurch, dass soziale Ziele und Mindeststandards europäisch verbindlich vereinbart
37 werden. In einem sozialen Stabilitätspakt müssen Ziele und Vorgaben für Sozial- und
38 Bildungsausgaben gemessen am BIP der jeweiligen Staaten ebenso wie

1 existenzsichernde Mindestlöhne in allen EU-Mitgliedstaaten gemessen am jeweiligen
2 nationalen Durchschnittseinkommen festgeschrieben werden.

3

4 Die Realisierung einer solchen Sozialunion kann nicht gelingen im Rahmen einer
5 autokratischen Wirtschafts- und Finanzpolitik auf EU-Ebene, die ohne Mitbestimmung
6 des Europäischen Parlaments und auch gegen den Willen der nationalen Parlamente
7 durchgesetzt wird und dabei neben dem forcierten Sozialabbau auch Eingriffe in die
8 Tarifautonomie und das Tarifvertragsrecht, Lohnkürzungen im öffentlichen Dienst und
9 Absenken des Mindestlohns erzwingt und mit Privatisierungsmaßnahmen neue
10 Anlagesphären fürs Finanzkapital zulasten der Daseinsvorsorge schafft. Zugleich
11 bemüht sich die EU, die Festlegung auf einen neoliberalen Kurs zu verstärken: mit den
12 verschiedenen verhandelten Freihandelsabkommen, mit weiteren Versuchen, den
13 europäischen Kapitalmarkt auszubauen und mit Fortführung einer Politik der
14 Standortkonkurrenz zwischen den Ländern und Regionen der EU – logische Folge der
15 angestrebten „Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit“.

16

17 Nicht nur in den „Krisenländern“ erweckt dieses Vorgehen den Eindruck, die
18 „nationalen“ Interessen seien gegen die EU durchzusetzen. Dies führt zu
19 merkwürdigen Ergebnissen wie beim Brexit – wo die Öffnung des Arbeitsmarktes zum
20 Argument gegen die EU wurde, obwohl die britische Regierung in diesem Punkt der EU-
21 Politik gerade nicht gefolgt war.

22

23 Die Koordinierung der Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik muss als demokratischer
24 Prozess erfolgen und nicht als technokratische Durchsetzung vermeintlicher
25 ökonomischer Sachzwänge. Die Politik der negativen Integration, die wachsenden
26 Wohlstand und Kohäsion von freien Wirken der Marktkräfte erwartete, ist gescheitert.
27 Der Niedergang der europäischen Sozialdemokratie zeigt auch, dass unter diesen
28 Voraussetzungen eine Politik des sozialen Ausgleichs nicht mehr überzeugend
29 formuliert werden kann. Daher ist gerade die Sozialdemokratie im wirtschaftlich
30 stärksten Land der EU gefordert, eine Alternative zu entwickeln, die Ziele der
31 gesellschaftlichen Entwicklung wieder in den Mittelpunkt rückt.

32

33 **Begründung**

34

35 Die Ursachen der Krise schwelen weiter

36

37 Nach mehreren Jahren Eurorettungspolitik und auch nach der jüngsten Einigung mit
38 Griechenland kann weder von einer erfolgreichen Bewältigung der Eurokrise noch von
39 der Beseitigung ihrer tieferliegenden Ursachen gesprochen werden. Auch mit dem

1 dritten Hilfspaket zur Refinanzierung laufender Schulden des griechischen
2 Staatshaushalts wird im wesentlichen nur Zeit gekauft, ohne die Schuldenfähigkeit
3 wesentlich zu verbessern. Mit dem erneuten Spardiktat droht im Gegenteil ein weiterer
4 Einbruch der Wirtschaftsleistung und damit ein weiterer Schuldenzuwachs.

5
6 Schon im Sommer 2012 stand die Eurozone vor dem Aus. Die Krisenländer taumelten
7 wegen der drakonischen Sparvorgaben geradewegs in schwere Rezessionen mit der
8 Konsequenz eines massiven Rückgangs von Sozialprodukt und Steuereinnahmen. Als
9 Folge der Sparpolitik und der dadurch bedingten Wachstumseinbrüche wurde das
10 Vertrauen der Kreditgeber in die Schuldenfähigkeit der Krisenländer massiv
11 untergraben, sodass immer neue Risikoaufschläge für die Staatsanleihen der
12 Krisenstaaten fällig wurden. Erst die Intervention der Europäischen Zentralbank vom
13 Sommer 2012 verhinderte das Auseinanderbrechen der Eurozone, weil sich die
14 Krisenstaaten seit diesem Zeitpunkt wieder zu halbwegs vertretbaren Zinsen
15 refinanzieren können.

16

17 Desaströse Bilanz der Austeritätspolitik

18

19 Immerhin konnte in der Eurozone zuletzt eine leichte wirtschaftliche Erholung
20 festgestellt werden. Doch die Bilanz der Austeritätspolitik in Europa ist nicht nur in
21 sozialpolitischer Hinsicht niederschmetternd. Sie ist auch ökonomisch ein Desaster. Die
22 Arbeitslosigkeit und insbesondere die Jugendarbeitslosigkeit befinden sich auf
23 Rekordhöhen. Die Austeritätspolitik produziert eine „verlorene Generation“ in vielen
24 Ländern Europas. Kinderarmut und Sterblichkeitsraten sind massiv angestiegen. Selbst
25 die Krisenstaaten, die von neoliberalen Ökonomen vorgeblich als Modell für eine
26 „erfolgreiche“ Sparpolitik ins Feld geführt werden, müssen mit sozial- und
27 gesellschaftspolitischen Verheerungen zurechtkommen, an denen die jeweils nächste
28 Generation noch zu tragen hat. So haben etwa Irland und Spanien eine ganze
29 Generation junger und bestens qualifizierter Menschen verloren. Hunderttausende
30 mussten jeweils auswandern, weil sich keine wirtschaftliche Perspektive abzeichnet. So
31 schnellte etwa in Irland die Jugendarbeitslosigkeit von neun auf derzeit 24 Prozent
32 hoch. Nirgends in Europa ist die Zahl der 20- bis 29-Jährigen zuletzt so stark
33 zurückgegangen wie in Irland. EU-weit sank sie durch Auswanderung und schwächere
34 Geburtenjahrgänge von 2008 auf 2014 um fünf Prozent, in Griechenland und Spanien
35 um 21 Prozent, in Irland um ganze 28 Prozent. Vor der Krise waren 22,5 Prozent der
36 Kleinkinder in Irland armutsgefährdet, 2013 waren es 31,4 Prozent.

37

1 Griechenland steht als Folge einer unverantwortlichen Regierungspolitik früherer
2 Regierungen und eines halben Jahrzehnts härtester Austeritätspolitik vor einem
3 wirtschaftlichen, sozialen, menschlichen und demokratiepolitischen Scherbenhaufen:

4

- 5 - Einbruch der realen Wirtschaftsleistung seit 2008: mehr als 20 Prozent
- 6 - Aktuelle Arbeitslosenquote: 27 Prozent
- 7 - Aktuelle Jugendarbeitslosenrate: 58 Prozent
- 8 - Aktueller Stand der Staatsschulden, in Prozent des Bruttoinlandprodukts: 175 Prozent
- 9 - steiler Anstieg der Sterblichkeitsrate als Folge der brutalen und zutiefst inhumanen
- 10 Kürzungen der Gesundheitsbudgets

11

12 Wenn der Sicherung von Gläubigeransprüchen gegenüber den Grundbedürfnissen der
13 Menschen auf medizinische Versorgung oder der Kinder und Jugendlichen auf eine
14 Kindheit und Jugend ohne Armut und Perspektivlosigkeit Vorrang eingeräumt wird
15 und infolgedessen die Sterblichkeit binnen kürzester Zeit rasant ansteigt: dann muss
16 von einem partiellen Zivilisationsbruch mitten in Europa gesprochen werden. Millionen
17 Menschen leiden unter dieser Politik. Europa verliert sein menschliches Antlitz.

18

19 Die bisherigen zwei „Rettungspakete“, die für Griechenland geschnürt wurden,
20 brachten zwar Geld von offiziellen Institutionen. Doch mit diesem Geld musste
21 Griechenland vor allem seine privaten ausländischen Gläubiger bedienen. Plakativ
22 gesagt: Die Troika gewährte Athen Kredit, damit vor allem deutsche und französische
23 Banken auf ihren griechischen Staatsanleihen keine Verluste erleiden mussten.

24

25 Die Sparopfer breiter Bevölkerungsschichten waren jedoch sinnlos. Denn auch
26 wirtschaftspolitisch ist die Austeritätspolitik gescheitert. Während etwa die USA mit
27 expansiverer, keynesianisch geprägter Geld- und Finanzpolitik die Folgen der
28 Finanzkrise vergleichsweise gut überstanden haben und mit ihrer Wirtschaftsleistung
29 fast 10 % über dem Vorkrisenniveau liegen, hat die Eurozone (ohne Deutschland) als
30 Folge der Sparpolitik im Jahr 2014 noch nicht einmal den Einbruch von 2008 (Einbruch
31 infolge des Ausbruchs der Finanzkrise, Lehmann-Brothers-Pleite) wettgemacht.
32 Lediglich in Deutschland liegt die Wirtschaftsleistung heute wieder über dem Niveau
33 von 2008. Doch in Deutschland wurden in der Folge der Finanzkrise auch keine
34 Sparpakete aufgelegt, sondern im Gegenteil ein 80 Mrd. Euro schweres
35 Konjunkturpaket (Abwrackprämie, Kurzarbeitergeld, energetische Gebäudesanierung).

36

37 Auch der Internationale Währungsfonds verweist darauf, dass die auf den ersten Blick
38 positiveren Daten der jüngsten Zeit auf tönernen Füßen stehen:

39

1 1. Von der Binnennachfrage ist in den Peripherieländern kein Wachstum zu erwarten.
2 Das verhindern die hohe private Verschuldung, die Sparmaßnahmen der Regierungen,
3 die eingeschränkte Kreditvergabe der schwachen Banken und die immer noch hohen
4 Zinsen. Die ganze Hoffnung liegt für diese Länder im Export. Zuletzt haben nun die
5 Krisenstaaten ihre Leistungsbilanzdefizite, die bis zur Finanzkrise dramatisch
6 angestiegen sind, spürbar verringern können. Irland weist sogar
7 Leistungsbilanzüberschüsse aus. Die Lohnstückkosten sind gesunken. Doch die
8 Ernüchterung folgt sogleich: das Exportwachstum der Krisenstaaten erfolgt nicht an
9 die übrigen Mitglieder der Währungsunion, sondern in die übrige Welt. Die Exporte an
10 die anderen Eurostaaten sind sogar weiter abgesunken. Diese Entwicklung kann nicht
11 nachhaltig sein, da der Rest der Welt nicht auf Dauer bereit ist, gegenüber der
12 Eurozone Defizite zu verzeichnen - was die Kehrseite der europäischen Überschüsse ist.
13 Innerhalb von Europa hat jedoch keine Entwicklung hin zu einem Ausgleich der
14 Außenhandelsströme stattgefunden.

15

16 2. Die tieferen Lohnstückkosten in den Peripherieländern sind leider nicht Ausdruck
17 einer strukturellen Verbesserung, sondern Folge der Krise: die Produktivität ist nur
18 gestiegen, weil das Bruttoinlandprodukt in den Krisenländern nicht gleich stark
19 abgenommen hat wie die Beschäftigung. Wenn weniger Beschäftigte mehr Güter
20 herstellen, sinken die Kosten pro Stück. Das ist alles. Der «Erfolgsfaktor» ist also vor
21 allem der dramatische Anstieg der Arbeitslosigkeit. Auch das ist keine nachhaltige
22 Entwicklung. Der IWF kommt daher zum Schluss, dass sich die Außenhandelsposition
23 der geschwächten Länder mit einer verbesserten Wirtschaftslage und einer tieferen
24 Arbeitslosigkeit sogleich wieder verschlechtern würden. Um mit den eigenen
25 Produkten nachhaltig wettbewerbsfähig zu werden, müssten die Peripherieländer ihre
26 Preise sehr viel stärker senken. Ein struktureller Wandel hin zu tieferen Preisen und
27 einer deutlich höheren Wettbewerbsfähigkeit hat in den Peripherieländern aber kaum
28 stattgefunden. Die Politik der internen Abwertung funktioniert nicht: trotz zäher
29 Rezession, „Strukturreformen“ und Austeritätsprogrammen ist der Prozess der
30 internen Abwertung in den Peripherieländern nicht sehr weit fortgeschritten. Eine
31 Lösung für die Eurokrise zeichnet sich auch an dieser Stelle nicht ab. Die positiven
32 Daten der jüngsten Zeit stehen auf einem schwachen Fundament.

33

34 Die Finanzkrise hat die Eurokrise nicht verursacht, aber ausgelöst

35

36 Aus der Perspektive der „Troika“ liegt die Ursache der Staatsschuldenkrise in der
37 „nachlässigen Haushaltspolitik“ der Krisenländer. Dieser Ansatz ignoriert die
38 entscheidenden Krisenursachen und verdreht schlicht Ursache und Wirkung. Denn in
39 den allermeisten Mitgliedsländern der Währungsunion sind die Staatsausgabenquoten

1 bis zum Ausbruch der Finanzkrise gesunken oder nur moderat gestiegen. In einigen der
2 jetzigen Krisenländer sanken die Staatsschuldenquoten sogar drastisch. Von einer
3 „nachlässigen Haushaltspolitik“ konnte keine Rede sein. Lediglich in Griechenland mit
4 einer traditionell höheren Staatsschuldenquote (bei 100 Prozent) lag und liegt das
5 Problem in einer extrem niedrigen Steuereinnahmequote mit dramatischen
6 administrativen Schwächen der Steuererhebung im Hintergrund.

7
8 Die Hauptursache für den Defizitanstieg seit 2007 liegt dagegen eindeutig im Ausbruch
9 der Finanzkrise. Die nationalen Regierungen mussten mit Schutzschirmen für den
10 Finanzsektor und zur Stützung der einbrechenden Konjunktur die Staatsschulden
11 signifikant heraufsetzen. Diese Ursache-Wirkungs-Kette verweist grundsätzlich auf die
12 Notwendigkeit, den Finanzsektor und die hohen Geldvermögen weitaus stärker an der
13 notwendigen Konsolidierung der öffentlichen Haushalte zu beteiligen.

14

15 Konstruktionsfehler der Währungsunion

16

17 Ein Anstieg der Defizite bzw. der Staatsschuldenquoten ist jedoch für sich gesehen kein
18 Grund, um Zweifel an der Schuldentragfähigkeit eines Landes aufkommen zu lassen.
19 Das Problem liegt darin, dass die Krisenländer eine hohe Auslandsverschuldung
20 aufweisen, weil nicht nur der Staatssektor, sondern auch der Privatsektor verschuldet
21 ist (= Leistungsbilanzdefizit). Deutschlands Staatsschuld liegt bei zwei Billionen Euro,
22 das Geldvermögen der Privaten beträgt aber fünf Billionen Euro; die
23 Refinanzierungsmöglichkeiten bei den eigenen Bürgern ist unzweifelhaft. Bei den
24 Krisenländern ist es umgekehrt. Die dortigen Refinanzierungsprobleme sind zwar
25 durch Spekulationsaktivitäten verschärft worden, haben aber einen realen Grund: weil
26 die Staatsschulden einem ebenso verschuldeten Privatsektor gegenüberstehen, stellt
27 sich irgendwann die Frage nach der Schuldentragfähigkeit. Das ist das entscheidende
28 Problem der Leistungsbilanzdefizitländer.

29

30 Diesen stehen in der Eurozone einige Länder mit extremen
31 Leistungsbilanzüberschüssen gegenüber (Deutschland, einige kleinere Länder). Die
32 Ursache dieser Ungleichgewichte, wie sie in den letzten zehn Jahren entstanden sind,
33 liegt in der unterschiedlichen Entwicklung der Wettbewerbsfähigkeit. Während
34 Deutschland deutlich an Wettbewerbsfähigkeit gewann, verloren die Krisenländer
35 zunehmend an Wettbewerbsfähigkeit.

36

37 Diese „Wettbewerbslücke“ gründet entgegen allgemeiner Vorurteile nicht auf einer
38 besonderen Innovationsfreudigkeit Deutschlands einerseits und der
39 Produktivitätserlahmung Griechenlands bzw. anderer Krisenländer andererseits. Denn

1 die Produktivität ist in Deutschland jährlich um 0,9 Prozent, in der Eurozone um 0,8
2 Prozent und in Griechenland immerhin um 2,1 Prozent gestiegen. Die Verbesserung der
3 Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands und das Zurückfallen Südeuropas lief
4 ausschließlich über die Löhne und – weil die Lohnstückkosten das interne Preisniveau
5 dominieren – über die Preise. In Südeuropa stiegen die Lohnstückkosten um bis zu 30
6 Prozent, in Deutschland dagegen unter fünf Prozent, wobei hier die Ausweitung des
7 Niedriglohnsektors eine besondere Rolle spielte. Den Normalanstieg – Produktivität
8 plus Zielinflationsrate – repräsentiert Frankreich mit einer Erhöhung um gut 20
9 Prozent.

10

11 Werden Überschüsse und Defizite immer weiter kumuliert, führt dies zum Aufbau von
12 Gläubiger-Schuldner-Verhältnissen, die nicht dauerhaft tragfähig sind. Gibt es hier
13 keine Umkehr, führt an der Entwertung der Gläubigerpositionen kein Weg vorbei, denn
14 irgendwann werden die Schuldner zahlungsunfähig.

15

16 Hier liegt der entscheidende Konstruktionsfehler der Währungsunion, nämlich in der
17 Nicht-Koordination der makroökonomischen Größen: Leistungsbilanzen,
18 außenwirtschaftliches Gleichgewicht, Lohn- und Inflationsanpassung.

19

20 Denn ein Staat, der sich der Europäischen Währungsunion anschließt, gibt seine
21 geldpolitische Souveränität auf. Er verliert die Freiheit, sein Zinsniveau zu bestimmen,
22 seine Währung abzuwerten, seine Zentralbank als Kreditgeberin letzter Instanz
23 («lender of last resort») zu benutzen. Der Verlust dieser Freiheit kann nur kompensiert
24 werden, wenn der betreffende Staat Teil eines größeren Fiskalgebildes wird, mit
25 definierten Transfer-Zahlungsflüssen, die Ungleichgewichte in der wirtschaftlichen
26 Dynamik lindern.

27

28 Dass die Auseinanderentwicklung bei Lohnzuwächsen und Wettbewerbsfähigkeit zu
29 einem ernststen Problem wurde, hat seinen Grund in der Existenz der Währungsunion,
30 deren Charakteristikum ist, dass kein Mitgliedsland seine Währung auf- oder abwerten
31 kann: Obwohl Griechenland und die anderen Südeuropäer höhere Inflation und
32 Leistungsbilanzdefizite haben, können sie nicht abwerten, *weil* sie in der Eurozone sind.
33 Andernfalls würden sich diese Defizite so gar nicht herausgebildet haben! Obwohl
34 Deutschland eine interne Inflationsrate unterhalb des EZB-Ziels und andauernd hohe
35 Leistungsbilanzüberschüsse hat, kann Deutschland nicht aufgewertet werden, *weil* es
36 in der Eurozone ist. Andernfalls hätten die hohen Überschüsse wegen anhaltender
37 Aufwertung gar nicht entstehen können!

38

1 Es ist deshalb Deutschland, dass am stärksten von der Währungsunion profitiert. Und
2 es ist Deutschland, dass bei einer Rückkehr zu nationalen Währungen die stärksten
3 wirtschaftlichen Einbrüche hinzunehmen hätte. Eine Rückkehr zur D-Mark und eine Re-
4 Nationalisierung ist weder im europäischen, noch im deutschen Interesse. Die
5 Währungsunion muss deshalb entschieden gegen neu aufkeimenden Nationalismus
6 verteidigt werden. Dazu müssen aber die Konstruktionsfehler der Währungsunion
7 beseitigt und die bisherigen Blockaden innerhalb der Eurozone aufgelöst werden.

8

9 Eine Währungsunion erfordert eine Koordination der Preise

10

11 Die Feststellung, dass Unterschiede hinsichtlich der Leistungsbilanzen im Euroraum
12 bestehen, stellt jedoch noch keine vollständige Analyse der Ursachen der
13 Ungleichgewichte dar. Die Ungleichgewichte innerhalb Europas haben sich verfestigt,
14 weil in Deutschland die Löhne real nur geringfügig angestiegen sind, während etwa in
15 vielen Krisenstaaten ein überproportional großes Lohnwachstum über die letzte
16 Dekade stattfand. Schließlich machen Lohnstückkosten den größten Kostenfaktor
17 ausnahmslos jeder Volkswirtschaft aus, sodass sich hinsichtlich des Außenhandels eine
18 bessere Stellung desjenigen Landes ergibt, welches im Vergleich geringere
19 Lohnzuwächse aufweist. Die Europäische Währungsunion wuchs in diesem Sinne nicht
20 zusammen, sondern driftete auseinander. Während die Lohnstückkosten der
21 deutschen Industrie seit der Einführung des Euro um 14 Prozent gesunken sind, blieben
22 sie in Griechenland (das zwei Jahre später in die Währungsunion startete) gleich. In
23 Portugal stiegen sie um 5 Prozent, in Spanien um 28 und in Italien gar um 46 Prozent.
24 Damit haben beinahe alle Staaten das gemeinsam festgelegte Inflationsziel der
25 Europäischen Zentralbank von jährlich 2 Prozent torpediert und sich höchst
26 unkooperativ verhalten. Sowohl mit Lohndumping als auch mit Lohnexpansion wird
27 dabei das Inflationsziel unterminiert.

28

29 Es stellt sich die Frage, welches Land hinsichtlich des Lohnstückkostenwachstums im
30 Sinne einer kooperativen und auf Ausgleich bedachten Europäischen Union falsch
31 gehandelt hat. Das Ergebnis ist ein Einfaches, wenn man die Zielinflation betrachtet.
32 Inflation ist im Wesentlichen die Wachstumsrate der Preise. Diese wiederum ergeben
33 sich durch das Verhältnis Geldmenge zu Gütermenge. Letztere wird durch die
34 Konkurrenzfähigkeit eines Unternehmens maßgeblich beeinflusst, sodass bei einer
35 günstigen Wettbewerbssituation, wie sie in Deutschland zu finden ist, relativ mehr
36 Güter produziert werden. Demnach müssten die Preise fallen, da der gleichen
37 Geldmenge eine höhere Güteranzahl gegenübersteht. Die Geldmenge hingegen erhöht
38 sich, indem höhere Löhne gezahlt werden, anstatt Kapital in das Ausland zu
39 exportieren. Deutschland exportiert aufgrund der Leistungsbilanz relativ viel Kapital in

1 das Ausland, während relativ geringe Löhne zu relativ hoher Wettbewerbsfähigkeit
2 und damit zu einer hohen Produktion führen. In Griechenland ist die Situation exakt
3 spiegelbildlich: Hohe Löhne, geringe Wettbewerbsfähigkeit und geringe Produktion
4 liegen vor. Dies lässt sich auch auf die Entwicklung der nationalen Inflationsraten
5 übertragen: Während in Deutschland fast jedes Jahr der vergangenen Dekade die
6 Zielinflation unterschritten wurde, wurde sie in Griechenland fast ausschließlich
7 überschritten. Kumuliert ergibt sich über ganz Europa nahezu für jedes Jahr das
8 Erreichen der Zielinflation. Aber eben nicht, weil alle Länder des Euroraums sich an die
9 2% Zielinflation gehalten haben – dies wurde von fast jedem Land, Frankreich
10 ausgenommen, verfehlt – sondern eben, weil es Länder gab, welche sich in keiner
11 Weise an die Inflationsziele gehalten haben, und eben auch Länder wie Griechenland,
12 welche sich spiegelbildlich verhalten haben. Dabei ist die Faustformel, welche für die
13 Konstruktion der Inflation gemäß Cost-Push-Theorie existiert, einerseits trivial und
14 andererseits empirisch valide: Um ein Inflationsziel von 2% zu erreichen, müssen die
15 Löhne jedes Jahr um 2% stärker steigen, als die Produktivität des Landes.
16 Die Erklärung dieses Ansatzes ist intuitiv einfach: Steigen Produktion und Löhne um
17 1%, so steht der um 1% höheren Gütermenge eine um 1% höhere Geldmenge
18 gegenüber, was zu konstanten Preisen und damit zu einer Nullinflation führt. Steigen
19 die Löhne hingegen um 2% stärker als die Produktivität, so ist das Verhältnis in diesem
20 Szenario $1,03 \cdot \text{Geldmenge} / 1,01 \cdot \text{Gütermenge}$ und damit nahe 2% Wachstum. Aufgrund
21 der geringen Produktionszuwächse (in einem Bereich von null bis fünf Prozent pro Jahr)
22 ist die Faustregel extrem präzise. Auch seien die Transmissionskanäle kurz genannt:
23 Höhere Löhne führen zu höheren Kosten in der Produktion, was die Produzenten dazu
24 bringt, die Preise zu erhöhen, um gleiche Gewinne realisieren zu können. Gleichzeitig
25 führt mehr Kaufkraft seitens der Arbeitnehmer zu einer höheren Güternachfrage, was
26 sich wiederum positiv auf das Preiswachstum auswirkt. Würden demnach in allen
27 Ländern der Eurozone die Löhne um 2% stärker als die nationale Produktivität steigen,
28 so ergäbe sich für jedes Land die Zielinflation von 2% und gleichzeitig würde ein
29 Auseinanderdriften der Wettbewerbsfähigkeit und damit größere Unterschiede
30 hinsichtlich der Leistungsbilanzen vermieden. Dennoch genügt das Verfolgen dieser
31 Faustregel nicht, um ein neues Gleichgewicht im Euroraum herzustellen, sondern
32 lediglich, um weitere Ungleichgewichte zu verhindern. Für die Aufhebung der
33 vorliegenden Disparitäten müsste Deutschland seine Löhne stärker erhöhen, während
34 die Löhne in Krisenländern schwächer wachsen müssten. Für Frankreich ergäben sich,
35 aufgrund der vorbildhaften Verfolgung der Zielinflation, keine Änderungen.
36
37 Es sei ferner angemerkt, dass der Versuch, das deutsche Modell des Lohndumpings auf
38 sämtliche Krisenstaaten zu übertragen, in keiner Weise nachhaltig wäre. Würden alle
39 Länder der Eurozone ihre Löhne nur mit den deutschen Raten der 00er Jahre „wachsen“

1 lassen, so würde dies zu einer massiven Unterschreitung der Zielinflation in ganz
2 Europa führen. Dies würde eine Deflation heraufbeschwören mit den bekannten
3 Abwärtsspiralen für die Wirtschaft: das negatives Preiswachstum würde zu
4 Konsumzurückhaltung führen, was wiederum aufgrund des Ungleichgewichts
5 zwischen Überangebot und Unternachfrage zu weiteren Preissenkungen und damit
6 schlussendlich zum Ruin der europäischen Wirtschaftsarchitektur führen würde.
7 Sofern sich Europa eine gemeinsame Währungsunion wünscht - und dafür sollten
8 insbesondere wir Sozialdemokraten einstehen - so müssen sich ausnahmslos alle
9 Eurostaaten hinsichtlich der Lohnpolitik koordinieren und dafür Sorge tragen, dass die
10 Zielinflationvorgaben im Kern eingehalten werden. Andernfalls droht langfristig ein
11 Zerreißen der Währungsunion, weil die Disparitäten immer weiter zunehmen würden.
12 Sechzig Jahre erfolgreicher europäischer Integrationsgeschichte würden in diesem Fall
13 zur Disposition stehen.

14

15 Deutschlands Exportstärke ist kein Hindernis für eine zukunftsfähige Eurozone. Doch
16 Inlandskonsum und Inlandsinvestitionen müssen merklich zunehmen.

17

18 Die Kritik von international renommierten Ökonomen und Nobelpreisträger, des US-
19 Finanzministeriums oder des Internationalen Währungsfonds an den deutschen
20 Leistungsbilanzüberschüssen ist deshalb berechtigt. Nicht alle Staaten können
21 gleichzeitig einen Überschuss erzielen. Das makroökonomische „Geschäftsmodell“ von
22 Überschussländern besteht daher faktisch in der Verschuldungsbereitschaft anderer
23 Länder. Wenn sich die Ungleichgewichte immer weiter verschärfen und es niemals
24 zum Ausgleich kommt, droht die Eurozone über kurz oder lang auseinanderzubrechen.

25

26 Die dringenden Aufrufe des US-Finanzministeriums oder des Internationalen
27 Währungsfonds an Deutschland, seinen riesigen Leistungsbilanzüberschuss
28 abzubauen, stoßen hierzulande jedoch auf wenig Verständnis bzw. fast ausschließlich
29 auf negative Resonanz. Der Bundesverband der Deutschen Industrie ließ verlauten, die
30 Exportstärke sei das Ergebnis innovativer Produkte, die in der ganzen Welt nachgefragt
31 würden.

32

33 Das ist zwar richtig. Doch treffen derartige Aussagen den Kern der Problematik in
34 keiner Weise. Denn weder das US-Finanzministerium noch der IWF haben verlangt,
35 dass die deutsche Wirtschaft weniger exportieren solle. Sie haben lediglich darauf
36 verwiesen, dass der deutsche Leistungsbilanzüberschuss viel zu groß sei. Das ist nicht
37 das Gleiche. Im Kern geht es darum, sich drei unumstößliche Identitäten vor Augen zu
38 führen:

- 1 1. Die Leistungs- und die Kapitalbilanz eines Landes müssen sich ausgleichen. Ist die
2 Leistungsbilanz positiv (werden vereinfacht gesagt mehr Waren exportiert als
3 importiert), muss die Kapitalbilanz negativ sein (Kapital fließt aus dem Überschussland
4 ab).
- 5 2. Die Differenz zwischen den gesamten inländischen Ersparnissen und den gesamten
6 inländischen Investitionen entspricht dem Saldo der Leistungs- respektive
7 Kapitalbilanz. Sind die inländischen Ersparnisse also höher als die inländischen
8 Investitionen, wird dieses Überschusskapital ins Ausland exportiert.
- 9 3. Alles, was ein Land produziert, muss entweder konsumiert oder gespart werden.

10

11 Weist nun Deutschland einen Leistungsbilanzüberschuss aus, fließt entsprechend viel
12 Kapital von Deutschland ins Ausland ab. Zweitens bedeutet es, dass die inländischen
13 Ersparnisse um diesen Betrag höher sind als die inländischen Investitionen.

14

15 Wie kann nun dieser Leistungsbilanzüberschuss (der zwangsläufig dem
16 Leistungsbilanzdefizit anderer Länder entspricht) abgebaut werden?

17

18 Ganz einfach: Entweder muss der inländische Konsum steigen (wodurch automatisch
19 die inländischen Ersparnisse sinken), oder die inländischen Investitionen müssen
20 steigen (wodurch sich die Differenz zwischen den Ersparnissen und Investitionen
21 verringert). Das wiederum kann erreicht werden, indem die Löhne in Deutschland
22 ansteigen oder indem etwa die inländischen Investitionen in Deutschland spürbar
23 erhöht werden.

24

25 Als zwingende Folge davon wird Deutschlands Leistungsbilanzüberschuss sinken – und
26 das ohne jede Selbstbeschränkung der deutschen Exportindustrie. Es geht also nicht
27 um weniger deutsche Exporte. Der Anpassungsprozess bzw. der Abbau der
28 Ungleichgewichte muss auf deutscher Seite über ansteigenden Inlandskonsum, höhere
29 Importe und signifikant höhere Inlandsinvestitionen bewerkstelligt werden. Das ist
30 sowohl zum Vorteil Deutschlands wie aber auch zum Vorteil der Krisenländer wie der
31 gesamten Eurozone, die infolge des Ausgleichs eine weitaus höhere Stabilität erhalte.

32

33 Wirtschaftspolitische Perspektiven einer sozial gestalteten Währungsunion

34

35 Die SPD muss die Auseinandersetzung um eine gleichermaßen tragfähige wie auch
36 soziale Architektur der Eurozone offensiv führen. Sie muss um einen
37 sozialverträglichen Pfad werben und darf sich keinesfalls in das enge Korsett einer
38 einseitigen Austeritätsdoktrin einzwängen lassen, die Wachstumsmöglichkeiten eher
39 behindert als fördert und den sozialen Zusammenhalt in ganz Europa längst zur

1 Disposition stellt. Es geht im Gegenteil um eine europaweit koordinierte Wachstums-
2 und Investitionsstrategie, um weitere Integrationsschritte in den zentralen Fragen der
3 Wirtschaftspolitik und um eine harte Bändigung der Finanzmärkte und der
4 systemrelevanten Großbanken. Wer den harten Kern der Krise ins Visier nehmen will,
5 muss zudem die Verteilungsfrage völlig neu gewichten: als Gebot der ökonomischen
6 Vernunft. Die frappierend angestiegene Ungleichheit in der Einkommens- und
7 Vermögensverteilung, ist von international renommierten Ökonomen und
8 Nobelpreisträgern längst als eine der Hauptursachen der Finanzkrise identifiziert
9 worden. Denn es ist die wachsende Ungleichheit, die als eigentlicher Treiber und Motor
10 der verhängnisvollen Ausgaben- und Verschuldungskaskaden in den entwickelten
11 Staaten funktioniert. Das groteske Ausmaß an Ungleichheit bei Einkommen und
12 Vermögen hemmt und blockiert dagegen die ökonomische Entwicklung. In jüngerer
13 Zeit haben mehrere Studien auf den engen Zusammenhang zwischen sozialer
14 Gerechtigkeit und Wirtschaftswachstum hingewiesen. Die Industrieländerorganisation
15 OECD kam etwa zu dem Ergebnis, dass Deutschland sein Bruttoinlandsprodukt
16 deutlich steigern kann, wenn die Ungleichheit entschiedener bekämpft wird. Nicht mit
17 einer zum Dogma erstarrten Austeritätspolitik wird Wertschöpfung und Wachstum
18 generiert, sondern mit einer mutigen Investitions- und Innovationspolitik, einer
19 gleichmäßigeren Einkommensverteilung und mehr Bildungschancen.

20

21 Ganz Europa braucht einen ökonomischen Kurswechsel, der sich leiten lässt von der
22 wachsenden Erkenntnis weltweit führender Wirtschaftswissenschaftler, dass sich
23 soziale Gerechtigkeit und wirtschaftliche Dynamik wechselseitig ergänzen. Die
24 Sozialdemokratie muss für einen echten wirtschaftspolitischen Paradigmenwechsel
25 eintreten, der mit den verfehlten Grundannahmen der neoliberalen Ära bricht.

26

27

1 Adressat: Landesparteitag, AfA BuVo, jeweils zur Weiterleitung an den Bundesparteitag
2 zum Regierungsprogramm

3

4 A 2 Für mehr Personal in unseren Krankenhäusern

5

6 Die Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten in unseren Krankenhäusern hat sich seit
7 der Einführung der DRGs extrem verschlechtert. Die Gewerkschaft ver.di hat ermittelt,
8 dass bundesweit 162.000 Stellen fehlen, davon etwa die Hälfte in der Pflege. In Bayern
9 fehlen etwa 21.000 Vollzeitstellen, davon ebenfalls etwa 10.000 Stellen in der Pflege.

10

11 Wir unterstützen die Forderung der Gewerkschaft ver.di nach einer gesetzlichen
12 Personalbemessung. Seit Jahren arbeiten wir an dieser. So wird über alle Träger
13 hinweg, unabhängig ob öffentliche, kirchliche oder private, garantiert, dass sich die
14 Arbeitsbedingungen verbessern.

15

16 Der Slogan von ver.di „mehr von uns ist besser für alle“, trifft zu. Denn wir wissen, dass
17 die gesundheitliche Versorgung und deren Qualität der Bürgerinnen und Bürger von
18 ausreichend Personal, mit guten Arbeitsbedingungen zu fairen Löhnen abhängig ist.

19

20 Bis zu einer gesetzlichen Regelung unterstützen wir ver.di auch in ihrer Ankündigung
21 für einen Tarifvertrag Entlastung eintreten zu wollen. Wir fordern die Arbeitgeber,
22 insbesondere den kommunalen Arbeitgeberverband auf, in die Verhandlungen
23 einzutreten.

24

25

1 Adressat: Landesparteitag, AfA BuVo

2 A 3 Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung für Referentinnen und Referenten in
3 Bildungsmaßnahmen

4

5 Wir fordern, dass Referentinnen und Referenten in staatlich
6 geförderten und/ oder staatlich anerkannten Bildungsmaßnahmen
7 armutssicher und Lebensstandard sichernd beschäftigt werden. Die
8 Bildungsträger schaffen derzeit staatlich subventionierte
9 akademische Armutsjobs und bewirken so langfristig die Zunahme
10 massiver Altersarmut. Der Netto-Stundenlohn von Referentinnen
11 und Referentin liegt derzeit zum Teil unter 6,50 €.

12

13 Wir fordern:

- 14 1. Die Referenten sind sozialversicherungspflichtig zu beschäftigen mit
15 Einzahlungen auch des Arbeitgeberanteils in die Kranken-, Pflege-, Arbeitslosen-
16 und Rentenversicherung
- 17 2. Alternativ kann für die (ohnehin vorgegebene) Stundenzahl der Maßnahme ein
18 Rahmenvertrag über diese Anzahl der Stunden geschlossen werden. Für diese
19 durch die Maßnahme vorgegebene Stundenzahl sind die Arbeitgeber
20 verpflichtet in die Sozialversicherung für die Beschäftigten einzuzahlen
21 (Arbeitgeberanteil). Der Referent/ die Referentin hat einen Anspruch auf
22 Bezahlung der im Rahmenvertrag festgelegten Stunden.
- 23 3. Der Brutto-Stundenlohn muss mindestens dem Tarifvertrag entsprechen.
24 Dies ist deshalb erforderlich, weil nicht davon auszugehen ist, dass die
25 Beschäftigten dauerhaft beschäftigt werden, da dies ja von der Zuweisung von
26 Maßnahmen abhängt.
- 27 4. Es ist genau zu prüfen, ob es sich bei der Beschäftigung um eine
28 Scheinselbständigkeit handelt.
29 Dies sollte immer dann der Fall sein, wenn der Referent/ die Referentin
30 ausschließlich bei einem Träger beschäftigt ist.
31 In derartigen Fällen ist der Arbeitnehmer/die Arbeitnehmerin zwar mit allen
32 Risiken und Nachteilen einer selbständigen Tätigkeit belastet; die Freiheit der
33 freien Gestaltung des Arbeitsverhältnisses besteht jedoch durch die Vorgaben in
34 der Maßnahme nicht.
35 Die Nichteinhaltung soll als Ordnungswidrigkeit strafbewährt sein.

36

1 Erledigt durch A 2: A 4 Für eine Pflegebemessungsgrenze auf Normalstationen in
2 Krankenhäusern

3
4
5
6

7 Adressat: AfA Bundesvorstand, Landesparteitag mit Ziel Bundesparteitag Programm

8

9 A 5 Zahnersatz und Brillen – Regelversorgung für alle kostenlos

10

11 Zahnersatz und Brillen müssen wieder in den Leistungskatalog der gesetzlichen
12 Krankenversicherung aufgenommen werden

13 Die gesetzlichen Krankenkassen müssen für alle Versicherten eine kostenlose
14 Regelversorgung mit Zahnersatz, Brillen und präventiven Maßnahmen zur Verfügung
15 zu stellen.

16

17 Begründung:

18 Die gesetzliche Krankenversicherung sieht keine Leistungen für Brillen vor. Ferner
19 werden Leistungen für Zahnersatz nur mit Festbeträgen bezuschusst. Selbst die
20 Härtefallregelung führt in der Regel nicht zu einer kostenlosen Versorgung. Die
21 Härtefallregelung greift bei einem Netto-Einkommen ca. unter 880,00 €. Dieser Betrag
22 entspricht kaum dem Betrag von SGB II-Leistungen (Jobcenter) und SGB XII-Leistungen
23 (Sozialhilfe; Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsunfähigkeit).

24 Er liegt deutlich unter dem Selbstbehalt bei Unterhaltsverpflichtungen und unter dem
25 Pfändungsfreibetrag (ca. 1080,00 € mindestens).

26 In Anbetracht steigender Mieten und sinkender Einkünfte, insbesondere auch
27 sinkender Renten, bestehen Unterversorgungen in diesem Bereich in erheblichem
28 Maße; d. h. Arme können sich keinen Zahnersatz und keine Brille leisten. Die
29 Zuzahlungs-Beträge können häufig aus dem laufenden Einkommen nicht angespart
30 werden.

31 Dies hat zur Folge, dass man die erforderliche Behandlung unterlässt oder dass
32 zwangsläufig Schulden beim Arzt entstehen. Der Betrag bleibt dann entweder offen
33 (dauerhafte Überschuldung) oder wird mühsam in Raten abgezahlt, was wiederum zu
34 einer Einschränkung des zur Verfügung stehenden Einkommens führt.

35 Bei Erwerbstätigen bzw. Arbeitsuchenden stellt sich hier auch die Frage nach den
36 Chancen im Arbeitsleben und bei der Vermittelbarkeit.

37

38

1 Überwiesen an den AfA-Landesvorstand bzw. Landesausschuss zur Überarbeitung:
2 A 8 Arbeitszeitdebatte führen - auf die 30-Stunden-Woche hinarbeiten!

3

4

5

6

7 Adressaten: Landesvorstand, Landesparteitag mit dem Ziel Bundesparteitag zum
8 Regierungsprogramm

9

10 A 9 Arbeitsmarktpolitik

11

12 Wir fordern im Regierungsprogramm der SPD für die nächste Wahlperiode klare
13 Festlegungen für Reformen in der Arbeitsmarktpolitik und bei der Grundsicherung für
14 Arbeitslose (Hartz 4) zu treffen. Dazu muss gehören:

- 15 • eine realistische Bedarfsermittlung für die Leistungen der
16 Grundsicherung und ein Abgehen von Pauschalisierungsregelungen für
17 nachweisbar anfallende Kosten
- 18 • eine Abschaffung des aktuellen Sanktionssystems, weil Kürzungen des
19 Existenzminimums der Zielsetzung der Grundsicherung widersprechen
- 20 • eine bessere Personalausstattung der Jobcenter (qualitativ und
21 quantitativ) um Fördermöglichkeiten besser nutzen zu können.

22

23 Begründung:

24 Die Arbeitsmarktreformen haben ihre Ziele nicht erreicht. Weder hat sich die
25 Vermittlung beschleunigt noch ist es gelungen, Langzeitarbeitslosigkeit zu vermeiden.
26 Demgegenüber erweisen sich viele Regelungen der Grundsicherung als ungeeignet,
27 Verarmung zu verhindern oder erschweren gar einen Weg aus der Armut (auch durch
28 Leistungskürzungen des Sanktionssystems). Das Arbeitsmarktregime erscheint so
29 zunehmend als Kontrollsystem gegenüber den ALG-II-Beziehern, ohne dass die
30 Förderinstrumente wirklich greifen – was auch an ungenügender Personalausstattung
31 in der Vermittlung liegt und an einer Politik, der es vor allem um
32 Leistungsvereinfachung (Pauschalisierung von Leistungen, Wegfall von rückwirkenden
33 Ansprüchen) statt um angemessene Unterstützungsleistungen geht.

34

35

36

1 Adressaten: Landesgruppe Bayern in der SPD-Bundestagsfraktion

2

3 A 10 Freihandelsabkommen

4

5 Die sogenannten Freihandelsabkommen bedeuten - trotz der bei CETA erreichten
6 Verbesserungen und Klarstellungen - weiterhin unabsehbare Risiken insbesondere für
7 die Leistungen der Daseinsvorsorge und eine nicht hinzunehmende Einschränkung der
8 Gestaltungsmöglichkeiten demokratisch legitimierter Gremien.

9

10 Wir fordern daher:

- 11 • keine Zustimmung zum CETA-Abkommen, wenn nicht mit zusätzlichen
12 Klarstellungen die Berücksichtigung der vom Parteikonvent beschlossenen
13 Punkte sichergestellt ist,
- 14 • den Abbruch der Verhandlungen zum Dienstleistungsabkommen TiSA.

15

16 Insbesondere TISA stellt sich als Instrument heraus, außerhalb der WTO-
17 Verhandlungen Festlegungen zu treffen, die auf eine Gestaltung der internationalen
18 Handelsbeziehungen im Interesse der Industrieländer abzielen. Sie stehen damit einer
19 gerechten Gestaltung der Weltwirtschaft entgegen. Dieses Ziel verlangt vielmehr eine
20 Überprüfung der bestehenden Abkommen insbesondere mit den AKP-Staaten und eine
21 bessere Koordinierung der Handels- und der Entwicklungspolitik.

22

23 Auch in den Industrieländern bedeuten die Abkommen Festlegungen im Sinne der
24 Ideologie des Freihandels und verhindern unter dem Deckmantel vorgeblicher
25 wirtschaftlicher Sachzwänge die notwendige Debatte über die ordnungspolitischen
26 Festlegungen in den Abkommen. Ebenso schränken sie die Gestaltungs- und
27 Entscheidungsmöglichkeiten auf nationaler bzw. EU-Ebene ein. Gerade im Bereich der
28 Dienstleistungen müssen angesichts ihrer wachsenden Bedeutung und der absehbaren
29 Probleme zur Sicherung der Daseinsvorsorge künftige Eingriffs- und
30 Gestaltungsmöglichkeiten erhalten bleiben.

31

1 Adressaten: Landesgruppe Bayern in der SPD-Bundestagsfraktion,
2 SPD-Landtagsfraktion

3

4 A 11 Keine Privatisierung öffentlicher Investitionen und Einrichtungen!

5

6 Die SPD-Abgeordneten in den Landtagen und im Bundestag werden aufgefordert,
7 keinen Gesetzesänderungen, insbesondere keinen Verfassungsänderungen,
8 zuzustimmen, welche eine wie auch immer geartete Privatisierung öffentlicher
9 Investitionen und Einrichtungen zulassen. Das heißt im Klartext: Weder direkt noch
10 indirekt (Öffentlich-private-Partnerschaften, sog. ÖPPs oder englisch PPPs) dürfen
11 öffentliche Einrichtungen und Investitionen privatisiert werden. Dies gilt insbesondere
12 aktuell für die Bundesfernstraßen-Gesellschaft und gilt auch für die Ablehnung auch
13 privater Rechtsformen und Betreibergesellschaften und Untergesellschaften.
14 Insbesondere auch die ÖPPs sind abzulehnen, da sie den Steuerzahler bedeutend (!)
15 mehr belasten als eine Finanzierung durch Steuern oder über öffentlich
16 aufgenommene Kredite (wie auch Rechnungshöfe auf vielen Ebenen immer wieder
17 unterstrichen haben).

18

19 Begründung:

20 Die Privatisierung und insbesondere die ÖPPs führen zu bedeutend höheren Kosten für
21 den Steuerzahler. Einziger Grund dafür kann also die – selbst auferlegte und jederzeit
22 wieder abschaffbare – Schuldenbremse sein. Es kämen zur Finanzierung natürlich auch
23 höhere Steuern in Frage. Wer aber weder höhere Steuern noch eine Finanzierung über
24 direkte Kredite des Staates will, scheffelt willentlich Unsummen an Gewinne in die
25 Taschen von Privatunternehmen, noch dazu ohne Risiko für diese Unternehmen, und
26 zu Lasten des Bürgers. Ob dies noch mit den Amtsobliegenheiten eines Ministers oder
27 einer Kanzlerin gegenüber dem Staatsvolk vereinbar ist, mag man dann schon
28 bezweifeln. Jedenfalls handelt es sich um ein Vorgehen, dass die TAZ im Dezember
29 2016 wie folgt beschrieben hat:

30 „Diese Geschichte müsste als Kriminalfall erzählt werden. Ein Thriller, in dem ein
31 Kartell von Ministern und ihrer Bürokratie versucht, mit Steuergeldern in
32 Milliardenhöhe Renditewünsche von Konzernen zu bedienen. Und private
33 Konten zu füllen. Jene von Versicherungskonzernen, Beraterfirmen, Banken und
34 Kanzleien. Was schablonenhaft klingen mag, spielt sich derzeit real ab –
35 verborgen hinter drögen Gesetzesänderungen.“

36 Dass die Regierung diesen Vorwurf des kriminellen Vorgehens nicht offensiv
37 angegriffen hat, zeigt zweierlei:

38

39 1. Der Vorwurf stimmt.

1 2. Noch lieber als sich zu wehren will die Regierung „ums Verrecken“ nicht, dass diese
2 Thematik breit öffentlich diskutiert wird. Deshalb lässt man sich lieber als kriminell
3 bezeichnen, als in eine Diskussion einzutreten.

4

5

6

7

8

9

10

11

12 Adressaten: Landesparteitag, Landesvorstand

13

14 In der gesetzlichen Rentenversicherung sind die versicherungsfremden Leistungen
15 ausnahmslos aus Steuermitteln zu finanzieren

16

17 Versicherungsfremde Leistungen sind gesellschaftspolitisch begründete Leistungen,
18 die nicht aufgrund von Beiträgen gezahlt werden, d.h. sie erfüllen Aufgaben der
19 gesamten Gesellschaft wie z.B. Rentenzahlungen an Spätaussiedler, seit 1992 an
20 Bürger der ehemaligen DDR, Kriegsfolgelasten, Kindererziehungszeiten etc.). Beamte,
21 Selbständige und Politiker beteiligen sich nicht, obwohl es sich um die Finanzierung
22 von Aufgaben der Allgemeinheit handelt.

23

24 Nach §29 SGB IV ist für die Rentenversicherung die Selbstverwaltung bestimmt. Zu
25 einer geordneten Selbstverwaltung gehört, dass die Ausgaben für Renten, die nicht
26 aufgrund von Beiträgen gezahlt werden (die versicherungsfremden Leistungen) genau
27 erfasst werden. Dies ist bis zum heutigen Tage nicht geschehen.

28

29 Eine nicht eindeutige gesetzliche Abgrenzung und Ausweisung der
30 versicherungsfremden Leistungen verschafft dem Gesetzgeber einen breiten
31 Handlungsspielraum, der in den letzten Jahrzehnten immer wieder zulasten der
32 Versicherten genutzt wurde. Deshalb fordern wir eine deutliche Erhöhung des
33 Steuerzuschusses in die gesetzliche Rentenversicherung.